

16/1996

Mut zur Veränderung sichert Zukunft

Mit den Maßnahmen des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hat sich auf seiner Sitzung am 20. Mai der Parteivorstand befaßt:

Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung haben gezeigt, daß Bundesregierung und Koalitionsfraktionen mit dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ den einzig verantwortbaren Weg eingeschlagen haben. Die intensive Beratung und Umsetzung dieses Programms ist jetzt die vordringlichste Aufgabe deutscher Politik, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

Jedem muß klar sein, daß die dramatischen Umbrüche in der Weltwirtschaft alle Industrieländer zu Anpassungen zwingen. Viele Länder – auch in unserer Nachbarschaft – nehmen derzeit tiefgreifende strukturelle Veränderungen vor. Auch in Deutschland müssen wir das Verhältnis zwischen sozialen Leistungen und wirtschaftlicher Leistungskraft neu ausbalancieren.

Alle unsere Maßnahmen zielen darauf ab, in Deutschland Arbeitsplätze zu sichern und die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Technologische Entwicklungen und die Veränderungen in der Weltwirtschaft erfordern nachdrückliches Handeln. Wir brauchen insgesamt mehr Flexibilität und Innovation, eine Stärkung unseres Mittelstandes und die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder im Dienstleistungsbereich. Dazu müssen wir Einstellungshemmnisse beseitigen, den Weg in die Selbständigkeit erleichtern und die internationale Konkur-

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Wolfgang Schäuble: Uns geht es nach wie vor um eine Besserung am Arbeitsmarkt. Brief an den DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte. Seite 4

● Ausbildung

Lehrstellensicherung in den neuen Bundesländern durch „Bündnis für Ausbildung“. Seite 10

● Asylrecht

Manfred Kanther: Bundesverfassungsgericht bestätigt Asylrechtsreform. Seite 11

Rupert Scholz: Der mißbräuchlichen Zuwanderung kann auch weiterhin begegnet werden. Seite 12

Erwin Marschewski: Deutschland hat auch weiterhin das weltweit liberalste Asylrecht. Seite 13

● Sozialdemokraten

Rückwärtsgewandte Fortschrittspartei. Die SPD verliert die Aura der Reformpolitik. Dr. Renate Köcher in der FAZ vom 15. Mai. Seite 24

● Entschließung

Aufbau Ost fortsetzen. Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden tagten in Dessau. Seite 31

Zwei Partei-Kommissionen beschlossen

Um die Arbeit der beiden von Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang Mai angekündigten Regierungskommissionen zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und zur Vorbereitung der Steuerreform zu begleiten, sollen nach einem Beschluß von Präsidium und Bundesvorstand vom 20. Mai auch zwei Parteikommissionen eingesetzt werden.

Die Kommission „Zukunft des Steuersystems“ soll vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, geleitet werden, die Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ von Bundes-

arbeitsminister Norbert Blüm. Über die weitere Zusammensetzung der beiden Kommissionen wird das Parteipräsidium auf seiner Sitzung am 10. Juni in Berlin entscheiden.

Auf zwei Fachkongressen im Konrad-Adenauer-Haus sollen, wie Generalsekretär Peter Hintze jetzt ankündigte, am 5./6. September und am 30. September/1. Oktober die ersten Ergebnisse der Diskussion der beiden Kommissionen vorgestellt werden und ihrerseits die Diskussion sowohl mit Experten in der CDU als auch mit Sachverständigen außerhalb der Partei anregen und befruchten.

Fortsetzung von Seite 1

renzfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken.

Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Entlastung der Sozialkassen und eine äußerst sparsame Haushaltsführung bei Bund, Ländern und Gemeinden notwendig. Nur so können die in Deutschland zu hohen Steuern und Abgaben in Zukunft wieder gesenkt werden. Die Belebung des Arbeitsmarktes ist das vorrangige Ziel aller Maßnahmen. Dabei ist Sparen kein Selbstzweck; wir müssen sparen, um die Zukunft auch für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Der Bundesvorstand der CDU ist sich bewußt, daß mit dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ kein bequemer Weg eingeschlagen wird. Aber wer jetzt den Mut zu den notwendigen Veränderungen nicht aufbringt, verspielt die Zukunft. Bequeme Lösungen gibt es nicht, und überholte Rezepte aus den siebziger Jahren helfen nicht weiter.

Der Bundesvorstand appelliert nachdrücklich an die Tarifpartner, in fairem Mitein-

ander einen nachhaltigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland zu leisten. Wir erwarten von den Arbeitgebern, daß sie entstehende Freiräume nutzen und zusätzliche Beschäftigung ermöglichen. Wir rufen die Arbeitnehmer-Organisationen auf, nicht in überholtes Klassenkampfdenken vergangener Jahrzehnte zurückzufallen. Wer jetzt durch unsachliche, überzogene Kritik und unnötige Drohgebärden sozialen Neid und Konflikte schürt, gefährdet Arbeitsplätze und schadet der Zukunft der Menschen in Deutschland.

Wir sind davon überzeugt, daß eine Mehrheit der Menschen in Deutschland erkannt hat, daß Veränderungen unabdingbar sind. Wer jetzt ausschließlich auf die Wahrung alter Besitzstände pocht und sich notwendigen Anpassungen verweigert, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Der Bundesvorstand der CDU ruft alle, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen, dazu auf, an der Umsetzung des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ konstruktiv mitzuwirken.

Die Steuerschätzer haben die erwarteten Steuerausfälle bestätigt

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1996 bis 2000 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat auf seiner 105. Sitzung die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1996 bis 2000 auf der Grundlage aktueller gesamtwirtschaftlicher Daten beraten.

Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr durch die D-Mark-Aufwertung und durch zu hohe Lohnabschlüsse abgebremst wurde, zeichnete sich seit dem Spätsommer 1995 zunehmend ab, daß die Ergebnisse der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 1995 deutlich unterschritten werden.

Für das Jahr 1996 wurden die Steuereinnahmen bereits im Oktober letzten Jahres, kurz vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1996, nach unten revidiert. Dabei wurden vor allem auch unerwartet hohe Erstattungen für frühere Veranlagungszeiträume bei den Steuern vom Einkommen berücksichtigt.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß die Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung – nicht zuletzt verstärkt durch den strengen Winter – länger anhält, als im letzten Oktober erwartet. Deshalb mußte die Bundesregierung, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat und internationale Organisationen, die gesamtwirtschaftlichen Erwartungen für das laufende Jahr weiter zurücknehmen. Die Folge davon sind von der Bundesregierung seit längerem erwartete und jetzt von den Steuerschätzern bestätigte weitere Steuerausfälle von -21,7 Mrd. DM für Bund, Länder und Gemeinden für 1996. Für den Bund allein betra-

gen diese Ausfälle -11,8 Mrd. DM, die den laufenden Bundeshaushalt belasten.

Für die Jahre ab 1997 wirken die Basiseffekte aus 1996 fort. Zusätzlich mußte auch der Anstieg des mittelfristigen Wachstumspfadens nach unten korrigiert werden. Die daraus folgenden höheren Steuermereinnahmen ergeben sich im Vergleich zur ein Jahr zurückliegenden Steuerschätzung vom Mai 1995, denn im Oktober 1995 wurde nur kurzfristig bis 1996 geschätzt.

Für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ergibt sich aus der Steuerschätzung keine neue Lage. Die jetzt vorgelegten Zahlen bestätigen und präzisieren die Beurteilung, die der Haushaltssperre 1996 und dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ zugrunde gelegen hat. Durch die getroffenen Entscheidungen haben wir frühzeitig Vorsorge für die absehbare Entwicklung getroffen. Die Steuerschätzung hat aber unmißverständlich deutlich gemacht, daß das Programm ohne Abstriche verwirklicht werden muß. Dazu ist das Zusammenwirken aller Verantwortlichen bei Bund, Ländern und Gemeinden in einem nationalen Stabilitätspakt unverzichtbar. Darüber hinaus tragen die Tarifpartner bei den bevorstehenden Abschlüssen hohe Verantwortung für künftiges Wachstum und zusätzliche Beschäftigung.

Wir haben keinen Grund zum Pessimismus. Unsere Wirtschaft ist stark und international erfolgreich. Aber der Wettbewerb ist härter geworden. Mehr Beschäftigung erfordert noch mehr Kreativität, noch mehr Leistung und noch mehr Anpassungsfähigkeit als bisher von Bund, Ländern und Gemeinden sowie allen gesellschaftlichen Kräften.

Wolfgang Schäuble:

Uns geht es nach wie vor um eine Besserung am Arbeitsmarkt

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Schulte,

auf Ihr Schreiben vom 13. Mai 1996 hin habe ich mir noch einmal den Wortlaut der öffentlich mitgeteilten Verabredungen von Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern vom 23. Januar 1996 und das 50-Punkte-Programm der Bundesregierung, mit dem am 24. Januar 1996 der Beitrag der Politik zu den gemeinsam verabredeten Bemühungen beschrieben worden ist, angesehen. Angesichts dieser damaligen Verabredungen und Ankündigungen, die ich begrüßt und unterstützt habe, kann ich Ihre jetzige Haltung, wie sie in Ihrem Brief an mich und in Ihren öffentlichen Stellungnahmen deutlich wird, nur als eine mir nicht verständliche Kehrtwendung bezeichnen.

Die Beschlüsse, die wir in der Führung der Koalition mit der Bundesregierung erarbeitet und die die Koalitionsfraktionen am 25. April 1996 gefaßt haben, liegen exakt auf der Linie des 50-Punkte-Programms vom 24. Januar 1996. Darauf habe ich schon in der Bundestagsdebatte am 26. April 1996 in Erwiderung auf den SPD-Vorsitzenden Lafontaine aufmerksam gemacht. Das gilt insbesondere und ausdrücklich auch für die Anhebung von Schwellenwerten beim Kündigungsschutz und für die Überprüfung von Einstellungshemmnissen im Arbeitsrecht. Es gilt auch

für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Denn die Verabredung vom 23. Januar 1996, wonach sich Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam um die Verringerung von krankheitsbedingten Fehlzeiten bemühen wollten, konnte ja nicht anders verstanden werden, als daß gemeinsam Handlungsbedarf auf diesem Gebiet gesehen wurde, daß aber vor einer Entschei-

**Kaum jemand bestreitet die
dringende Notwendigkeit, die
Rahmenbedingungen für
Wachstum und Beschäftigung
zu verbessern.**

dung des Gesetzgebers zunächst versucht werden sollte, im unmittelbaren Zusammenwirken von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften dieses Problem zu lösen. Nachdem dieser Versuch offensichtlich fehlgeschlagen ist – wobei die Frage nach der Schuld an diesem Scheitern von mir nicht zu beantworten, letztlich aber auch nicht erheblich ist –, muß der Gesetzgeber seinerseits eine Entscheidung treffen.

Angesichts aller früheren Erklärungen, die immer einen Vorrang für einvernehmliche Regelungen zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften angenommen haben, ist das Handeln des Gesetzgebers jetzt also nur konsequent.

Noch überraschender finde ich Ihre Wertung, wir würden den Rentenkompromiß einseitig aufkündigen. Ich muß dann doch daran erinnern, daß in der aus jenem

Kompromiß erfolgten gesetzlichen Neuregelung eine allmähliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit und damit eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ausdrücklich eingeschlossen war. Im übrigen führt daran angesichts steigender Lebenserwartung und längerer Ausbildungszeiten ohnehin kein Weg vorbei.

Uns geht es nach wie vor entscheidend um eine Besserung am Arbeitsmarkt, die nur über eine verbesserte wirtschaftliche Entwicklung, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, über Deregulierungen und den Abbau von Einstellungshemmnissen sowie eine Verstärkung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor und in kleinen und mittleren Unternehmen zu erreichen ist. Diesem Ziel dienen alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen. Dazu gehört auch eine allmähliche Rückführung der zu hohen Staats-, Steuer- und Abgabenquote. Über Einzelheiten wird man immer unterschiedlicher Meinung sein können, aber über das Ziel und seine prioritäre Bedeutung sollte weiterhin Einvernehmen bestehen.

Gemeinsame Verantwortung

Um dieses Ziel zu erreichen, ist in einer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und der Tarifautonomie der Beitrag von Arbeitgebern und Gewerkschaften ganz unverzichtbar. Ich habe aus diesem Grund die Bemühungen der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers, in Gesprächen mit Wirtschaft und Gewerkschaften bei allen unterschiedlichen Interessen, Verantwortlichkeiten und Gesichtspunkten ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen, immer für richtig gehalten und unterstützt. Diese Bemühungen bleiben auch für die Zukunft notwendig, und niemand sollte sich ihnen entziehen. Denn jenseits aller unterschiedlichen Interessen und politischen Standpunkte ist unsere Verantwortung letztlich eine gemeinsame.

Aus diesem Grund wird meine Fraktion auch weiterhin bereit sein, begründeten Einwendungen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und zielführende Anregungen aufzunehmen. Und wir bleiben weiterhin zu jedem der Sache dienenden Gespräch bereit. Dasselbe erwarte ich zuversichtlich auch von den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden.

Ist das wirklich dienlich?

Kaum jemand bestreitet die dringende Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern und die Steuer- und Abgabenbelastung zurückzuführen. Gerade deshalb sollten der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sorgfältig überlegen, ob ihre derzeit zu beobachtenden Bemühungen, öffentlich Konfrontation zu schüren, den Interessen der Beschäftigten wie der Arbeitslosen und den Menschen in unserem Land insgesamt wirklich dienlich sind.

In diesem Zusammenhang will ich dann wegen Ihrer Polemik gegen eine begrenzte Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall doch darauf hinweisen, daß unsere in Deutschland derzeit bestehende Regelung in Europa nahezu einzigartig ist und daß entsprechende Veränderungen in anderen europäischen Ländern – auch unter der Verantwortung sozialdemokratisch geführter Regierungen – zu erheblichen Reduzierungen von Fehlzeiten geführt haben. Zu Ihrem Hinweis auf die gesundheitlichen Risiken von Feuerwehrleuten oder Polizisten mache ich darauf aufmerksam, daß Dienst- oder Berufsunfälle von der Einschränkung der Lohnfortzahlung ausgenommen werden sollen. Ebenso unzutreffend ist Ihre Behauptung, die private Vermögenssteuer solle ersatzlos auslaufen. Richtig ist, daß die Vorschläge der Koalition vorsehen, die Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen entfallen zu lassen und im übrigen die private

Vermögenssteuer mit der Erbschaftssteuer zusammenzufassen. Daß bei der Erbschaftssteuerreform die Freibeträge erhöht werden müssen, ist im einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts nachzulesen. Das führt aber ganz im Gegensatz zu Ihrer eher polemisch zu verstehenden Bewertung bei einem insgesamt höheren Erbschaftssteueraufkommen denknotwendigerweise zu einer höheren Besteuerung größerer bei Freistellung kleinerer Vermögen.

Bewertung nicht nachvollziehbar

Über alle Einzelheiten hinweg, über die zu diskutieren ich weiterhin bereit bin, scheint mir Ihre Gesamtbewertung unseres Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung, das den Bundeshaushalt nicht entlaste und die Arbeitslosigkeit vergrößere, nicht nachvollziehbar. Sie wird, wenn ich das richtig verfolge, in der öffentlichen Diskussion, soweit es sich nicht um die legitime parteipolitische Auseinandersetzung und Polarisierung handelt, auch

kaum geteilt. Für meine Fraktion bleibt jedenfalls die Aufgabe vorrangig, die Weichen für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit zu stellen und damit zum Erhalt unseres Wohlstands und unseres in der Welt nahezu einmaligen Standards sozialer Sicherheit entscheidend beizutragen, was angesichts dramatischer Veränderungen auf globalisierten Märkten sowie infolge technischer Revolutionen in der Arbeitswelt schwer genug ist. Ich wäre dankbar, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften bei allen unterschiedlichen Meinungen im einzelnen sich auch weiterhin mit uns und allen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortlichen gemeinsam für dieses Ziel einsetzen würden.

Da Ihr Schreiben an mich öffentlich bekanntgeworden ist, erlaube ich mir, die Öffentlichkeit auch von meiner Antwort zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Wolfgang Schäuble

Wenn die Gewerkschaften da nicht herauskommen . . .

Gewerkschaften und SPD im Schulter-schluß. Schulte/Scharping demonstrieren Kampfkraft gegen den Sozialabbau: Kohl soll es gezeigt werden.

Verzeihung. Was ein Kriegsruf sein sollte, war eher ein Pfeifen im Walde. Denn: Von geschlossener Front gegen die Kohlschen Sparpläne kann keine Rede sein. Der Widerstand in der Koalition selbst schwindet: Die SPD-Fraktion ist – siehe Schuldendebatte – völlig zerstritten. Und der DGB-Chef

fleht die SPD an, wenigstens den „Marsch auf Bonn“ am 15. Juni zum Erfolg werden zu lassen. Schulte hat Angst: Schon die 1. Mai-Kundgebungen fielen mickrig aus. Daß die ÖTV derzeit stundenweise das halbe Land lahmlegt, gibt nur in den direkt betroffenen Städten Schlagzeilen her. Und Menschen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, wollen keinen Aufstand, sondern eine ehrliche Auseinandersetzung, wieviel Sozialstaat möglich und nötig ist.

Berliner Zeitung

Unabdingbare Voraussetzung für mehr Beschäftigung

Anlässlich eines Pressegesprächs zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

In dem jetzt vorgelegten Gesetzespaket geht es nicht in erster Linie um mehr Sparen, sondern um mehr Beschäftigung. Das Programm ist nicht geboren aus einer kurzfristigen Haushaltsklemme heraus, sondern steht in einer Folge mit der bisherigen Politik, z. B. dem Standortsicherungsgesetz, dem Föderalen Konsolidierungsprogramm, den SKWP-Gesetzen etc. Hauptaufgabe unserer Wirtschaftspolitik ist es, bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir

- die Arbeitskosten reduzieren,
- die Schwelle für Neueinstellungen senken,
- die finanzpolitische Stabilität gewährleisten.

Arbeitskosten reduzieren

Neben niedrigen Tarifabschlüssen sind geringere Lohnnebenkosten erforderlich. Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen dienen:

- Entlastung der GKV-Beiträge um 0,4 Beitragspunkte
- Entlastung der GRV-Beiträge um 0,7 Beitragspunkte
- Einschränkung der Lohnfortzahlung.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht die Lohnfortzahlung. Deswegen soll auf diese näher eingegangen werden.

Wir Deutschen verlangen uns mit der Einschränkung der Lohnfortzahlung nichts Unmögliches ab: Bei Krankheit kann man wählen zwischen Abzug eines Urlaubstages je Woche Krankheit oder einer Lohnkürzung um 20 Prozent. Selbst bei 6 Wochen Krankheit und damit 6 Urlaubstagen weniger hat ein deutscher Arbeitnehmer in der Regel immer noch 24 Urlaubstage und damit ebenso viele Urlaubstage wie seine Kollegen in Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden etc. und sogar immer noch doppelt so viele Urlaubstage wie sein Kollege in den USA und 50 Prozent mehr Urlaubstage als sein japanischer Kollege.

Hält ein Arbeitnehmer den Verzicht auf Urlaubstage nicht für verkraftbar und entscheidet sich für die Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent, so macht dies bei einem durchschnittlichen Lohn ca. 20,- DM netto pro Tag aus bzw. 100,- DM pro Woche. Jeder kann heute entsprechende Reserven bilden für den Notfall, und Krankheit ist ein Notfall, bei dem man auf seine Ersparnisse zurückgreifen kann. Man braucht nicht nur für den Urlaub zu sparen.

Die Gewerkschaften betonen die hohe Symbolkraft der Lohnfortzahlung, die mit einem langen Arbeitskampf Mitte der 50er Jahre erstreikt worden sei. Seitdem haben sich aber die Verhältnisse grundlegend geändert. Die Kosten in der verarbeitenden Industrie in Deutschland betrugen

1955: 25 Prozent der Arbeitskosten in den USA

1995: 150 Prozent der Arbeitskosten in den USA.

Aus diesen völlig veränderten Verhältnissen keine Konsequenzen ziehen zu wol-

len, würde in höchstem Maße Arbeitsplätze gefährden.

Die Einschränkungen im Sozialbereich (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung) haben insgesamt ein Volumen von 25,3 Mrd. DM, das sind etwa 2,3 Prozent des gesamten Sozialbudgets (1995: 1.106 Mrd. DM). Mit einer solchen Einschränkung wird keine neue Republik geschaffen, sondern die Republik paßt sich an ein neues Umfeld an. Eine Volkswirtschaft, die sich nicht auf neue Verhältnisse einstellen kann, wird ihren Lebensstandard auf Dauer nicht behaupten können.

Schwelle für Neueinstellungen senken

Wesentliches Argument gegen die Neueinstellung von Mitarbeitern ist, daß sich die Betriebe bei schwieriger Auftragslage nur schwer wieder von den neu eingestellten Mitarbeitern trennen können. Deswegen sollen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Verlängerung des Zeitraums für befristete Arbeitsverträge von 18 auf 24 Monate; damit wird die Flexibilität der Arbeitgeber bei Beschäftigungsschwankungen verbessert.
- Beschränkung der Sozialauswahl bei betrieblicher Kündigung auf Betriebszugehörigkeit, Alter und Unterhaltungspflicht. Stärkere Berücksichtigung betrieblicher Bedürfnisse (Altersstrukturen, Qualifikationen) Arbeitsgerichtsprozesse werden damit kalkulierbarer.
- Anhebung der Beschäftigtenzahl, ab der die Kündigungsschutzgesetzgebung gilt, auf 10 Mitarbeiter. Die Betriebsstatistik zeigt folgendes Bild:
- Betriebsgröße 1 - 5 AN:
1,3 Mio. Betriebe
- Betriebsgröße 6 - 9 AN:
0,25 Mio. Betriebe

- Betriebsgröße 10 - 19 AN:
0,2 Mio. Betriebe

Mit der Neuregelung wird der großen Zahl der mittelständischen Betriebe, die weniger als 10 Mitarbeiter haben, die Möglichkeit gegeben, mehr Mitarbeiter einzustellen, ohne ihre arbeitsrechtliche Situation zu verschlechtern.

Trotz dieser Maßnahmen behalten wir in Deutschland einen Arbeitsschutz, der seinesgleichen in Europa sucht. Eine niedrigere Ausstiegsschwelle ist zugleich eine niedrigere Einstiegsschwelle für neue Mitarbeiter.

Wir nehmen die Bremsklötze von den Schienen, die zu mehr Einstellungen führen.

Finanzpolitische Stabilität gewährleisten

Grundvoraussetzung für eine aufwärts gerichtete Wirtschaft ist eine solide Finanzpolitik.

Zu den von der Koalition vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizites gibt es zwei Alternativen:

Höhere Steuern: Dies würde die Konjunktur erdrosseln.

Wachsende Kreditaufnahme: Folge wäre ein Anstieg der Zinsen, mit dem verbunden wäre:

- eine Schwächung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen,
- eine Belastung der öffentlichen Haushalte mit Einengung der Investitionsmöglichkeiten.

Beide Alternativen zu den Koalitionsbeschlüssen wirken sich negativ auf die Beschäftigung aus. Ein Verzicht auf die Konsolidierung gefährdet außerdem die Erreichung der Maastricht-Kriterien. Als Folge würde der Kurs der DM aufgewertet, würden Exporte erschwert und Arbeitsplätze gefährdet werden.

Die Maßnahmen zeigen: wenn es – wie bisweilen behauptet wird – eine Schieflage des Gesetzespaketes gibt, dann ist es eine Schieflage zugunsten der Arbeitsplatzsuchenden.

Wettbewerb besteht heute nicht mehr allein zwischen Unternehmen im In- und Ausland. Die unbegrenzte Kommunikation, die hohe Mobilität, die Beseitigung von Zoll- und Handelsschranken haben eine Lage geschaffen, in der jeder einzelne Arbeitnehmer in unmittelbarem Wettbewerb zu seinen Kollegen in anderen Ländern steht.

Ich appelliere an die Gewerkschaften, die sich immer verantwortungsbewußt gegenüber volkswirtschaftlichen Änderungen gezeigt haben, sich einer Mitwirkung bei den notwendigen Maßnahmen für mehr Beschäftigung nicht zu entziehen.

Ich appelliere an die Unternehmen, die Chancen aus den gesetzlichen Neuerungen zu ergreifen und Bereitschaft und Kreativität für die Schaffung neuer Arbeitsplätze

zu zeigen. In Abwandlung eines Zitats von Keynes kann man sagen: „Wir haben die Tränke gefüllt, jetzt müssen die Unternehmen auch saufen.“

Die Ausgangslage ist gar nicht so schlecht

Die Ausgangslage für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht so schlecht wie manchmal dargestellt:

Niedrige Zinsen, Preisstabilität, hohe Exportfähigkeit, Lohnsteigerungen niedriger als Produktivitätsanstieg (1,5 – 2 Prozent gegenüber 2,2 Prozent), Anstieg des Auftragseinganges (März 96 gegenüber Februar 96: Inland + 1,3 Prozent, Ausland + 1,4 Prozent).

Mit dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hebt die Koalition die gegenwärtigen Probleme aus dem Stadium des Lamentierens in das Stadium des Handelns.

Bundespresseamt jetzt Tag und Nacht erreichbar

Das Bundespresseamt hat jetzt ein neuartiges computergesteuertes Telefon-Informationssystem eingerichtet. Mit ihm ist es allen Bürgern, die Publikationen des Amtes und andere Informationen anfordern wollen, ab sofort möglich, das Amt Tag und Nacht und auch an Sonntagen und Feiertagen telefonisch zu erreichen. Warteschlangen vor den Telefonleitungen des Amtes, die bisher bei sehr vielen gleichzeitigen Anrufen aus dem ganzen Bundesgebiet unvermeidlich waren, wird es nach der Einrichtung des computergesteuerten Dialogsystems Vivian nicht mehr geben.

Unter der **Rufnummer 0180 522 1996** können sich die Bürger nun per Fax oder Post ein aktuelles Publikationsangebot zusenden lassen oder sich Broschüren zur Politik der Bundesregierung und zu ihren eigenen Rechten und Chancen in Staat und Gesellschaft vorstellen und bei Interesse zusenden lassen.

Außerdem bietet das Bundespresseamt einen Faxserver an, über den Interessierte unter der **Nummer 0180 522 1997** die gewünschten Publikationen anfordern können. Die Bestellungen gehen dann auf elektronischem Wege sofort zum Versandlager des Amtes.

Lehrstellensicherung durch „Bündnis für Ausbildung“

Zu den Ergebnissen einer öffentlichen Anhörung der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU zum Thema „Lehrstelleninitiative Neue Bundesländer“ am 14. und 15. Mai in Berlin erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger, und der Obmann der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Rainer Jork:

Zusammen mit kompetenten Gesprächspartnern von Handwerk, Mittelstand, Arbeitsämtern und Handelskammern sowie von Bildungsträgern, Gewerkschaften, Verbänden und aus den Landtagen aller neuen Bundesländer haben die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der CDU am 14. und 15. Mai in Berlin über die Ausbildungsplatzsituation in Ostdeutschland beraten.

Neben der 1996 besonders kritischen Situation auf dem Lehrstellenmarkt, die das BMBF zu einer ungewohnt frühzeitigen Hilfeaussage für 12.000 Lehrstellen in den neuen Bundesländern veranlaßte, lag die Motivation für die CDU-Abgeordneten zu dieser Anhörung vor allem darin, alle Verantwortlichen an einen Tisch zu bringen. Schließlich haben die Lehrlinge keine eigene Lobby, keine eigenen Verbände wie z. B. die Studenten. Und es muß Sache der CDU sein, sich genau derer anzunehmen, die sich nicht selbst helfen können.

Die teilnehmenden Experten trugen engagiert dazu bei, daß das von der CDU vorgeschlagene „Bündnis für Ausbildung“ die gewünschte kritische und konstruktive Wertung erfuhr. Im zugrunde gelegten

sächsischen Weg zur Bereitstellung von Lehrstellen befinden sich ohnehin Komponenten, die auch andere neue Bundesländer für sich anwenden.

Deren Wertung, Weiterung und regionspezifische Nutzung führte zu Schlußfolgerungen auch für die Bundespolitik.

Völlig einheitlich wurde die Wirtschaftsförderung als Kernmaßnahme für die benötigten betrieblichen Ausbildungstellen gefordert. Diesem Anliegen diene auch die vorgelagerte Klausurtagung der CDU-Ost zum Bündnis für mehr Wachstum und Beschäftigung in Strausberg.

Maßnahmenbündel geschnürt

Einigkeit gab es auch darüber, Elemente des sächsischen Lehrstellenmodells entsprechend angepaßt in allen neuen Bundesländern zu nutzen. Schließlich muß aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, daß die Erwartungen des BMBF, die Bundeshilfe 1997 gegenüber 1996 halbieren zu können, angesichts der Aufschwungverlangsamung und Insolvenzen ostdeutscher Betriebe, des Bewerberstandes und der geburtenstärkeren Jahrgänge unrealistisch sind. Bundeshilfe wird auch weiterhin direkt erforderlich sein!

Neben diesen grundsätzlichen Aussagen wurde ein Maßnahmenbündel, z. B. zu steuerlichen Schlußfolgerungen, zur Berufsberatung, Lehrerweiterbildung und zur Handwerksordnung geschnürt. Es geht nun darum, diese Maßnahmen auch partnerschaftlich und regionspezifisch durchzusetzen.

Bundesverfassungsgericht bestätigt Asylrechtsreform

Ich begrüße die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Durch sie wurde endgültige Klarheit in wichtigen Bereichen des neuen Asylrechts geschaffen.

Die neue Asylregelung ist vom Bundesverfassungsgericht in allen wesentlichen Elementen eindrucksvoll bestätigt worden. Dies ist für die Wahrung des inneren Friedens von außerordentlicher Bedeutung. Zugleich wird unsere Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union gewahrt.

Die Entscheidung ist auch ein wichtiges Signal für die weitere Bekämpfung des Asylmißbrauchs.

Das Kernstück des neuen Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland ist das Konzept sicherer Drittstaaten. Diese Drittstaatenregelung, die der Bundesrepublik Deutschland erstmals die Möglichkeit gibt, auch Ausländer, die sich auf Asyl berufen, ohne Prüfung der Asylgründe an den Grenzen in den sicheren Drittstaat zurückzuweisen, ist vom Bundesverfassungsgericht voll bestätigt worden. Nur in seltenen Ausnahmefällen, die der Ausländer seinerseits darlegen muß, z. B. wenn ihm im Drittstaat die Todesstrafe droht, kann sich der Asylsuchende auf die ergänzenden Vorschriften des Ausländergesetzes berufen, die Schutz von Abschiebung gewähren. Seine allgemeine Behauptung, in seinem Falle bestehe im Drittstaat keine Sicherheit, ist hingegen nicht ausreichend; das aber ist die überwältigende Mehrzahl der Fälle.

Das Bundesverfassungsgericht hat weiterhin die Regelung des Asylverfahrensgesetzes, wonach eine Abschiebung in den si-

cheren Drittstaat im Eilverfahren durch das Verwaltungsgericht nicht ausgesetzt werden darf, für verfassungsgemäß erklärt.

Auch die zweite Säule der Asylrechtsreform, die Regelung über sichere Herkunftsstaaten, ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Dies gilt sowohl für die Kriterien zur Festlegung sicherer Herkunftsstaaten als auch im speziellen Falle für Ghana.

Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

Schließlich ist die wichtige Flughafenregelung durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts muß durch die administrative Ausgestaltung des Flughafenverfahrens der besonderen Situation der Asylsuchenden Rechnung getragen werden. Diese Bedingungen sind selbstverständlich im Flughafenverfahren gewährleistet und werden umgesetzt.

Die vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Rechtslage ermöglicht es, den Kampf gegen den Asylmißbrauch auf unbestreitbarer Rechtsbasis fortzuführen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf nationale als auch auf europäische Maßnahmen. Die Bundesregierung wird ihre rechtlich unanfechtbare und entschlossene Politik fortsetzen.

Das Urteil ist eine Basis für die Zukunft in der Rechtsanwendung für die Behörden, die Polizei und die Gerichte. Der Asylmißbrauch in Deutschland ist noch immer

hoch, es werden von 130.000 Asylbewerber nur ca. 10 Prozent anerkannt. Die übrigen beanspruchen zu Unrecht Asyl. Es gibt viele Ausländer in Deutschland, die kein dauerhaftes Bleiberecht haben. Sie müssen das Land auch wieder verlassen. Dies ist eine schwierige Aufgabe für die damit betrauten Behörden und Gerichte. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bestätigen sie in der Rechtmäßigkeit ihrer Aufgabe.



Der mißbräuchlichen Zuwanderung kann auch weiterhin begegnet werden

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Neuordnung des Asylrechts erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundkonzeption der parteiübergreifenden Asylrechtsnovelle von 1993 bestätigt, es hat die Verfassungs-Konformität ihrer tragenden Säulen anerkannt. Der mißbräuchlichen Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts kann damit auch weiterhin wirksam begegnet werden. Das Urteil ist darin zugleich von elementarer Bedeutung für den inneren Frieden in unserem Land. Der Schutz von politischen Flüchtlingen, wie wir ihn wollen und wie ihn unsere Verfassung unverändert – und im internationalen Vergleich äußerst großzügig – garantiert, kann nur und allein dann auf Dauer die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung finden, wenn das Asylrecht auch wirklich nur den politisch Verfolgten zukommt.

Ziel der Mitte 1993 in Kraft getretenen Neuregelung des Asylrechts war es, den bis dahin in großer Zahl aufgetretenen

Mißbrauch des Asylrechts zu stoppen. Die Asylrechtsreform hat dieses Ziel – einerseits den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern, andererseits wirklich politisch Verfolgten Asyl zu gewähren – erreicht. Die Zuzugszahlen haben um 70 Prozent abgenommen. Gegenüber 1992, dem letzten Jahr vor der Asylrechtsreform, wo noch 438.000 Asylsuchende verzeichnet wurden, haben 1994 und 1995, also in den ersten beiden Jahren nach der Asylrechtsreform, nur noch jeweils rd. 127.000 Personen Asyl beantragt. Trotz dieses Rückgangs nimmt die Bundesrepublik Deutschland damit immer noch nahezu 50 Prozent der Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union auf. Die Quote der als asylberechtigt Anerkannten hat seit Inkrafttreten der Asylrechtsreform deutlich zugenommen. Lag die Anerkennungsquote im ersten Halbjahr 1993 noch bei 2,09 Prozent, so lag sie im vergangenen Jahr bei rd. 9 Prozent. Dies belegt, daß sich die Reform nicht zu Lasten der wirklich Asylberechtigten ausgewirkt hat.

Tragende Pfeiler der Asylrechtsreform sind die Regelung über die verfolgungsfreien Herkunftsstaaten sowie die Regelung über die sicheren Drittstaaten. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ist wesentliches Element einer wirksamen Verfahrensbeschleunigung. Es ist kaum vermittelbar, daß Behörden und Gerichte über Jahre hinweg mit Asylverfahren von Personen aus Ländern beschäftigt werden sollen, in denen keine Gefahr politischer Verfolgung besteht. Ebenso wichtiger Eckpfeiler der Neuregelung ist die sog. Drittstaatenregelung, nach der ein Ausländer, der aus einem sicheren Drittstaat einreist, sich nicht mehr auf das Asylgrundrecht berufen kann, weil er nicht mehr aktuell politisch verfolgt ist. Mit der Asylrechtsreform zwingend verbunden ist auch die Flughafenregelung, mit der ein Einfallstor unkontrollierter Einwanderung verschlossen werden soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundkonzeption dieser drei Pfeiler der Asylrechtsreform bestätigt. Die im Einzelfall angemahnten – eher verfahrenstechnischen – Korrekturen werden wir sorgfältig prüfen. Nach erster Einschätzung lassen sie Substanz und Grundkonzeption der Asylrechtsnovelle unberührt. Die elementaren Bausteine der Asylrechtsreform behalten Bestand.



Deutschland hat auch weiterhin das weltweit liberalste Asylrecht

Zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum neuen Asylrecht erklärte der innenpolitische Sprecher und Verhandlungsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den Beratungen über die Novellierung des Asylrechts 1993, Erwin Marschewski:

Das Bundesverfassungsgericht hat am 14. Mai die Eckpunkte der Asylrechtsnovellierung von 1993 bestätigt. Es hat damit die Gültigkeit von Regelungen ausgesprochen, die wie kaum andere zum Schutz eines Verfassungsrechts wie auch zum Erhalt des Rechtsfriedens geboten waren.

Ihrer bedurfte es zum einen, um hunderttausendfacher mißbräuchlicher Berufung auf das in Deutschland weltweit einmalig durch Grundrecht in der Verfassung garantierte Asylrecht zu begegnen. 438.000 Menschen hatten allein im letzten Jahr vor der Novellierung in Deutschland Asyl beantragt, damit etwa 80 Prozent aller in Staaten der EU Asyl Beantragenden; nur 5 Prozent von ihnen waren als Asylberechtigte anzuerkennen. Heute kommen noch jährlich rd. 127.000 Asylbewerber – das entspricht knapp 50 Prozent aller Asylbe-

werber innerhalb der EU. Damit ist sowohl die Behauptung widerlegt, praktisch könne kein Verfolgter mehr in Deutschland um Schutz nachsuchen, als auch jene, Deutschland verlagere das Problem der Aufnahme von Flüchtlingen einseitig zu Lasten seiner Nachbarn. Die Anerkennungsquote stieg auf 9 Prozent – der beste Beleg für die Zurückdrängung von Mißbrauch.

Die Asylrechtsnovellierung 1993 war zugleich zwingend, um die Aufnahmebereitschaft der Deutschen für bedrohte Ausländer auf dem international einmalig hohen Niveau zu erhalten. Denn das Wissen um Mißbrauchsfälle und die einseitige Belastung Deutschlands zwang zu gegensteuernden Maßnahmen – auch um Ultrarechten keine Chance zu lassen, mit blinden Hetztiraden gegen Ausländer auf Stimmenfang gehen zu können.

Mit seinen Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht die befriedende Wirkung der Asylrechtsnovelle anerkannt.

1. Der herausragende Eckpfeiler der Neuregelung, die Drittstaatenregelung, hat Bestand. Danach können Asylsuchende, die aus einem sog. sicheren Drittstaat (alle EU-Staaten sowie die Schweiz, die Tschechische Republik, Polen und Norwegen) einreisen, sich nicht mehr auf Asyl berufen. Sie können an der Grenze zurückgewiesen oder in den Drittstaat rücküberstellt werden. Dort wird dann ihr Ersuchen auf Schutz durch die Gewährung von Asyl geprüft.

Mit dieser Neuregelung hatte Deutschland seine Rolle als weltweiter Oberrichter aufgegeben, der sich anmaßte, allein über die Frage des Verfolgseins von Flüchtlingen zutreffend entscheiden zu können.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist sichergestellt, daß Deutschland weiterhin an völkerrechtlichen Übereinkommen über die Lastentei-

lung bei der Aufnahme von Asylbewerbern gleichberechtigt teilnehmen kann und nicht wie bis Juni 1993 gezwungen ist, jeden Antrag eines in einem anderen sicheren Drittstaat abgelehnten Asylbewerber erneut zu prüfen.

2. Hinzu kommt die Regelung über die sicheren Herkunftsstaaten (Bulgarien, Ghana, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn; Gambia wurde 1995, Senegal im Februar 1996 von der Liste der sicheren Herkunftsstaaten gestrichen), nach der vermutet wird, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird. Angesichts dessen, daß Asylverfahren keine Einzelfälle darstellen, sondern auch nach der Asylrechtsnovelle jährlich noch über 100.000 Verfahren in Deutschland eingeleitet werden, sind solche Regelungen zwingend, um eine ebenso effiziente wie sachgerechte Bearbeitung von Asylanträgen vornehmen zu können.

Die Praxis zeigt die Wirksamkeit der Regelungen: Beantragten noch im 1. Halbjahr 1993 63.000 Rumänen und über 20.000 Bulgaren in Deutschland Asyl, so waren es im 1. Halbjahr 1994 5.701 Rumänen und 1.549 Bulgaren und im ganzen Jahr 1995 nur noch 3.522 Rumänen.

3. Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für ausweislose Asylsuchende wird seit der Asylrechtsnovelle das Asylverfahren prinzipiell vor der Einreise auf dem Flughafen durchgeführt, wenn das Bundesamt innerhalb von zwei Tagen den Asylantrag als offensichtlich unbegründet ablehnen kann. Hintergrund der Regelung ist, daß die Prüfung des Asylbegehrens auf dem Flughafen, also vor der Einreise, eine umgehende Rückführung in den Herkunftsstaat bei Ableh-

nung des Antrags ermöglicht. Die Flughafen-Regelung stellt damit eines der wirksamsten Instrumentarien zur Verhinderung mißbräuchlicher Asylanträge dar, weil die Anträge schnell entschieden werden und im Falle der Ablehnung die unverzügliche Rückführung des Bewerbers in den Herkunftsstaat sichergestellt ist.

Unter dem Gesichtspunkt der Mißbrauchsverhinderung ist unschädlich, daß das Bundesverfassungsgericht die Frist um vier Tage verlängert hat, innerhalb der die im Flughafenverfahren abgelehnten Asylbewerber ihren Antrag an das Verwaltungsgericht gegen den ablehnenden Bescheid begründen können.

Mißbrauch verhindert

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stellt sicher, daß wir den tatsächlich Verfolgten weiterhin den gebotenen Schutz gewähren können und daß wir Mißbräuche verhindern können. Zugleich behält Deutschland damit die Möglichkeit, eine europäische Gesamtregelung der Schutzgewährung für Flüchtlinge mit einer gleichmäßigeren Lastenverteilung auf alle EU-Staaten zu erreichen. Dies waren die Anliegen der Asylrechtsnovelle 1993.

Pressestimmen

Weise Beschränkung

Der Karlsruher Spruch hat friedensstiftenden Charakter, und das ist nicht das Gerینگste, was sich zu einer Gerichtsentscheidung sagen läßt. Abgesehen davon, daß man von den unterlegenen Verfassungsbeschwerde-Führern und deren politischen Begleit-Musikanten nicht erwarten durfte, daß sie sich zufrieden äußern über die juristische Niederlage, ist klar: Die Entscheidung entspricht dem Rechtsgefühl der großen Mehrheit des Volkes, in dessen Namen das Urteil ergangen ist.

Besonders hervorzuheben ist die unverkennbare Tendenz des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, dem Gesetzgeber breiten Gestaltungs-Spielraum zu belassen. Die aus dem Angelsächsischen bekannte Weisheit von der richterlichen Selbstbeschränkung, gegen die „Karlsruhe“ zuletzt so auffallend wie unklug verstoßen hatte, ist der rote Faden, der sich durch das Asyl-Urteil zieht.

Rheinische Post

Asyl mit Augenmaß

Das Bundesverfassungsgericht hat das neue Asylrecht in seinen Grundpfeilern eindeutig bestätigt. Es hat damit entscheidend zur Sicherung des inneren Friedens beigetragen und für rechtliche Klarheit gesorgt. Der Artikel 16 behält seine Gültigkeit: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Deutschland wird ihnen weiter Schutz gewähren. Aber die Richter haben unterstrichen, daß es Recht und Pflicht der Bundesregierung ist, den Zustrom der Asylsuchenden durch ein klares Prüfungsverfahren und eindeutige Kriterien zu kontrollieren und zu steuern. Das Karlsruher Asyl-Urteil hat die staatliche Handlungsfähigkeit gestärkt, ohne das Recht tatsächlich politisch Verfolgter zu schwächen.

Stuttgarter Nachrichten

Die richtige Rangfolge

Die Beratungen im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts über die Asyl-Begrenzung von 1993 müssen schwierig gewesen sein. Dreierlei ist festzuhalten. Das erste: Das Verfassungsgericht hat die Entscheidung des verfassungsändernden Gesetzgebers respektiert, der sich unter dem Eindruck bedrohlicher Entwicklungen über die Grenzlinie zwischen Regierung und Opposition hinweg zusammengefunden hatte.

Das Gericht hat sich bemüht, die Asylregelung von 1993 europäisch zu deuten.

Asylbewerber, die in einem anderen europäischen Land auf ihrer Reise nach Deutschland hätten Zuflucht finden können, werden dem „sicheren“ Land, das sie zuletzt berührt haben, zurückgegeben. In der Tat kann Deutschland nicht den größten Anteil an der Asyl-Last tragen, zumal die meisten sich des Türöffners „Asyl“ wegen der besseren Lebensverhältnisse hierzulande bedienen. Es ist inzwischen eine Binsenweisheit, daß Deutschland kein Schlaraffenland mehr ist.

Schließlich das dritte: Die Mehrheit des Zweiten Senats hat sich bemüht, der Inanspruchnahme des Gerichts und auch der Verwaltungsgerichte Grenzen zu zeichnen. Der Gesetzgeber, so sagt sie, habe Regeln für die Asylgewährung aufgestellt, die sie notwendigerweise pauschalisieren muß, nicht jedem Einzelfall die ihm eigentlich zu gönnende Gerechtigkeit widerfahren lassen kann. Die Gerichte haben das bis an eine Willkürgrenze zu respektieren. Das Argument hat den Charme einer möglichen Entlastung des Verfassungsgerichts, auch den einer Korrektur der ins Schwimmen geratenen Gewaltenteilung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Eindeutige Botschaft

Das neue Asylrecht ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Diese Botschaft des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe ist eindeutig: Deutschland wird auch in Zukunft politisch Verfolgten Asyl gewähren. Es muß seine Pforten jedoch nicht uneingeschränkt offen halten. Die Bundesregierung kann sich auf eine „europäische Gesamtregelung der Schutzgewährung für Flüchtlinge“ und damit auf eine Lastenverteilung berufen.

Auch wenn im Detail Änderungen vorgegeben werden – wichtig ist die grundsätzliche Bestätigung des von CDU/CSU, FDP und SPD nach jahrelangem Streit ausgehandelten Kompromisses.

Die Welt

Neue Initiativen für Naturschutz, Gewässerschutz und Binnenschifffahrt

Zu der Großen Elbebereisung der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Bad Schandau nach Hitzacker erklärten der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold, und der Berichterstatter der Fraktion, Kurt-Dieter Grill:

Die Bilanz des Sonderprogrammes zur Reinhaltung der Elbe nach 1990 zeigt deutliche und schnelle Erfolge, die durch die Finanzierungsprogramme der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Länder wesentlich initiiert wurden. Für die gesamte Elbe sind die Anstrengungen der Tschechischen Republik eine gute Voraussetzung. Die Vertreter der tschechischen Regierung kündigten weitere Anstrengungen an, um bis zum Jahr 2000 den Beitrag zur Reinhaltung der Elbe zu verstärken.

Die Elbe ist in Deutschland in einem wesentlich kürzeren Zeitraum dabei, Anschluß an die Erfolge der Reinhaltung des Rheins zu finden. Sichtbares Zeichen für den sich erholenden Fluß ist die Existenz von über 20 Fischarten. Nach Aussagen der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) haben am Pegel Schnackenburg die Schadstoffbelastungen aus kommunalen und industriellen Einleitungen in den mitteldeutschen Ländern wie folgt abgenommen:

- Phosphor: -40 Prozent
- Stickstoff: -30 Prozent
- Quecksilber: -80 Prozent
- Cadmium: -20 Prozent
- Toxische Stoffe: -50 Prozent.

Die jetzt fertiggestellten Kläranlagen reinigen die Abwässer von 12 Millionen Ein-

wohnergleichwerten. Für 32 Kläranlagen wurden 8 Milliarden Kronen in Tschechien und für 98 Anlagen in Deutschland 4000 Millionen DM eingesetzt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird den von ihr im Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag „Gewässer schützen – Kosten senken“ umsetzen, um die steigende Gebührenlast der Bürger zu senken. Die Blockadepolitik der Länderinnenminister soll überwunden werden.

Mit Landes- und Kommunalpolitikern soll ein Weg für technisch angepaßte Lösungen (dezentral) gestaltet werden.

Wie ein grünes Band zog sich die Naturschutzdiskussion die Elbe entlang. Die Erhaltung vieler Naturschutzpotentiale gehört dabei auch zum Programm der IKSE. Es gibt einen erfreulichen Bestand an Naturschutz und Landschaftsschutzgebieten bis hin zum Biosphärenreservat „Flußlandschaft Elbe“ zwischen Magdeburg und Lauenburg.

Die Vertreter der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Stendal, Priegnitz, Ludwigslust und Jerichower Land haben ihr Konzept für eine Zusammenarbeit im Elbetal sowie einen Entwurf eines Kooperationsvertrages unter der Federführung von Landrat Miesterfeldt (Stendal) vorgestellt. Besonders hervorzuheben sind hier folgende Ziele:

- Entwicklung eigener Leitbilder
- Konzept einer nachhaltigen Entwicklung
- Chancen für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung
- Lösung der Konflikte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz.

JU: Beim Logo-Wettbewerb sind kreative Köpfe gefragt



Wer hat die beste Idee? Die Junge Union Deutschlands ruft auf zu einem Kreativ-Wettbewerb.

Anlässlich des 50jährigen Bestehens des JU-Bundesverbandes im Januar des nächsten Jahres soll ein Jubiläums-Logo entworfen werden. Wie das Zeichen jedoch genau aussehen soll, steht noch nicht fest. Das ist jetzt die Wettbewerbs-Herausforderung.

Man braucht nur ein Blatt Papier, bunte Stifte oder gutes Computer-Programm. Das Wichtigste: eine cle-

vere Idee. Wer es schafft, bis zum **Einsendeschluß am 15. Juli** einen piffigen Vorschlag rund um den gelben JU-Stern (Tip!) zu entwickeln, der kann sich auf ein lukratives JU-Überraschungspaket im Wert von 200 DM freuen. Der zweite Sieger erhält eine wasserdichte modische JU-Armbanduhr und der dritte ein sommerliches JU-T-Shirt.

Auf geht's, die Konkurrenz schläft nicht. Wir warten auf die Logo-Tips! Einsenden an die JU-Bundesgeschäftsstelle, **Stichwort: Logo**, Annaberger Str. 283, 53177 Bonn.

Deutlich wurde, daß die niedersächsischen Landkreise erheblich schlechter informiert sind als ihre Kollegen im Osten.

Besondere Beachtung verdient das Projekt „Flußlandschaft Elbe“, das deutlich von der Umweltministerin aus Mecklenburg-Vorpommern, Bärbel Kleedehn, unterstützt wurde. Dazu gehört die

- finanzielle Unterstützung durch die Bundesstiftung Umwelt zur Entwicklung der Leitgedanken der Landkreise

- Konkretisierung der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume

- Konfliktlösungen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz.

Es soll eine Brücke zwischen Schutz und wirtschaftlicher Nutzung gebaut werden. Die Initiative paßt auch in das ökologische Gesamtprojekt des Bundesforschungsministeriums. Hierfür stehen 30 Millionen DM bereit. Ziel ist es, eine ökologische Gesamt-schau für die Elbe zu erarbeiten.

Von Bad Schandau bis Hitzacker wurde zudem ein intensiver Dialog mit Vertretern der Wasserschiffahrtsverwaltung über die Elbe geführt. Es bleibt festzuhalten, daß ein Staustufenbau in der Elbe seit 1992 nicht mehr seitens des Bundes geplant wird. Ziel ist, die vom Deutschen Bundestag beschlossene Sanierung des Schifffahrtsweges Elbe unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten umzusetzen.

Der Dialog zwischen Umwelt- und Verkehrspolitikern führte zu den folgenden Ergebnissen:

- Die Elbe als Binnenschiffahrtsweg sollte auf ganzer Länge erhalten bleiben.

- Die Baumaßnahmen zur Sanierung des Schifffahrtsweges sollen ökologischen Anforderungen gerecht werden.

- Es wird eine Querschnittsarbeitsgruppe eingesetzt, die im Herbst Ergebnisse vorlegen soll.

Frieden schaffen mit weniger Waffen

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle, Friedbert Pflüger, erklärten zu den Erfolgen der Abrüstungspolitik der CDU/CSU und zu den Herausforderungen der Zukunft:

In den letzten zehn Jahren haben wir einen Prozeß der Abrüstung erlebt, wie es ihn in der Geschichte nie zuvor gegeben hat. Diese Chance war Europa durch das Ende des Kalten Krieges eröffnet worden. Sie wurde konsequent genutzt. Eine dramatische Reduzierung des Streitkräfte- und Waffenpotentials haben den Frieden sicherer gemacht.

Bis zur Mitte der 80er Jahre wurde lediglich eine Politik der Rüstungskontrolle betrieben – oft als bloße Maßnahme zur Sicherung des Status Quo in der Auseinandersetzung der konkurrierenden Systeme, um eine Eskalation der latenten Spannungen zu verhindern und den Frieden in einem negativ geprägten internationalen Umfeld zu sichern. Vor etwa zehn Jahren wurde die Rüstungskontrolle um eine aktiv betriebene Abrüstungspolitik ergänzt. Damit wurde ein Bereich, der zuvor lediglich provisorisches Konfliktmanagement beinhaltet hatte, auf eine neue partnerschaftliche Basis gestellt, die die Chance umfassender Kooperation und des Aufbaus gemeinsamer Sicherheitsstrukturen eröffnete. Seit der europäischen Revolution von 1989/90 wurde dieser Prozeß weiterentwickelt und beschleunigt. Die beispiellose Konzentration von Waffen im Herzen Europas gehört der Vergangenheit an. Die Bundesrepublik Deutschland

gehört zu denjenigen Staaten, die den Abrüstungsprozeß von Beginn an forciert haben. In keinem anderen NATO-Staat wurden so umfangreiche Reduktionen bei Streitkräften und Material vorgenommen wie in Deutschland. Auch im Bereich Massenvernichtungswaffen wurden große Erfolge erzielt. Bei Abrüstung, Rüstungskontrolle, Verifikation, bei vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie bei den Anstrengungen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen – überall gehört Deutschland zu den Vorreitern. Diese Politik ist von der CDU/CSU maßgeblich mitkonzipiert, begleitet und unterstützt worden.

● Die Bundesrepublik Deutschland hat den Verzicht Konrad Adenauers auf ABC-Waffen (Atomare, Biologische und Chemische Waffen) im sog. „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ vom 12. 9. 1990 verstärkt und bekräftigt. Als hochindustrialisierter Staat, der jederzeit technisch in der Lage ist, diese Waffensysteme zu entwickeln, nimmt sie eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Atomwaffen- und Nicht-Kernwaffenstaaten ein. Aus diesem Grund ist es auch ein Erfolg der deutschen Politik, daß der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) im Mai letzten Jahres verlängert werden konnte. Vor allem angesichts des risikoreichen nuklearen Erbes der Sowjetunion war es von entscheidender Bedeutung, daß der Vertrag unbefristet verlängert wurde, da sonst die Weiterverbreitung nuklearen Materials, Know hows sowie der entsprechenden Trägertechnologien gedroht hätte.

● Obwohl Deutschland als Nicht-Kernwaffenstaat nicht selbst an der atomaren Abrüstung beteiligt ist, hat es diesen Prozeß – wo immer möglich – unterstützt. Durch

den INF- und den START I-Vertrag (sowie den noch nicht in Kraft getretenen START II-Vertrag) wurde Ende der achtziger Jahre ein enormer nuklearer Abrüstungsprozeß festgeschrieben. Deutschland hat frühzeitig erkannt, daß eine Unterstützung Rußlands und der Ukraine bei der Vernichtung der Atomwaffen und der entsprechenden Infrastruktur nötig ist und unserem eigenen Sicherheitsinteresse entspricht. Daher wurden seit 1993 immerhin 25 Mio. DM für die atomare Abrüstung in Rußland und der Ukraine zur Verfügung gestellt.

● Die Bundesregierung hat zusammen mit ihren Verbündeten und Rußland das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (IWTZ) in Moskau ins Leben gerufen, das Wissenschaftlern und Ingenieuren der ehemaligen Sowjetunion, die über Kenntnisse zur Herstellung von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen verfügen, ihr Wissen im Rahmen ziviler Projekte im eigenen Land einzusetzen. Seitdem das IWTZ 1994 die Arbeit aufgenommen hat, wurden 180 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von 75 Mio US-\$ bewilligt. Etwa 10.500 Wissenschaftler werden dadurch bis zu drei Jahre finanziert. Damit trägt das IWTZ wesentlich dazu bei, die Verbreitung nuklearen Know hows zu verhindern.

● 1985 befanden sich allein auf westdeutschem Gebiet ca. 3.500 nukleare Sprengköpfe und damit die umfangreichste nukleare Infrastruktur der Welt. Zehn Jahre später war auf gesamtdeutschem Gebiet nur noch ca. 5 Prozent von dieses Potential vorhanden.

● Ausdrücklich unterstützen wir das im NVV niedergelegte Ziel, bis zum Herbst dieses Jahres einen Vertrag über einen wirklich umfassenden Atomteststopp (CTBT) zu erreichen. Die auf dem Moskauer Atomgipfel am 20. April beschlossene Erklärung, in der die G7 und Rußland ihre Bereitschaft bekunden, bis zum September 1996 den CTBT unterzeichnen

zu wollen, ist von großer Bedeutung. Diese Initiative ist nicht zuletzt ein Verdienst Helmut Kohls, der das Thema nukleare Sicherheit als erster beim G7-Treffen in München 1992 auf die Tagesordnung gebracht hat. Nun sträubt sich als letzter Kernwaffenstaat nur noch China, das sich die Möglichkeit sogenannter ‚friedlicher‘ Kernexplosionen offen halten will, gegen den CTBT.

● Der Bundestag hat im Haushalt 1996 einen Betrag von 1,55 Mio. DM zur Unterstützung der Korean Energy Development Organisation (KEDO) eingesetzt, um damit einen nationalen Beitrag zu dem Programm der USA, Japans und Südkoreas zur Verhinderung eines nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms zu leisten. Diese Maßnahme ist ein Symbol dafür, daß unser Engagement in der Nonproliferation nicht auf Europa begrenzt ist.

● Die Bundesregierung hat sich bei den Verhandlungen zum Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ), das im Januar 1993 in Paris unterzeichnet wurde, nicht nur für Verbote, sondern darüber hinaus erfolgreich für ein striktes Verifikationsregime eingesetzt. Danach hat sie alle Anstrengungen darauf gerichtet, daß das CWÜ auch von der notwendigen Anzahl von 65 Staaten ratifiziert wird, damit es in Kraft treten kann und die vertragliche Verpflichtung zur chemischen Abrüstung greift. Auch in diesem Bereich gehört die Bundesrepublik zu den Vorreitern: Chemiewaffen-Restbestände aus dem Ersten Weltkrieg werden umweltverträglich vernichtet, die Ratifikationsurkunde zum CWÜ wurde bereits im August 1994 hinterlegt. Es ist anzunehmen, daß noch in diesem Jahr die Anzahl von 65 Staaten erreicht wird. Entscheidend ist aber, daß die beiden einzigen erklärten Chemiewaffenbesitzer, die USA und Rußland, ebenfalls ratifizieren. Um insbesondere Rußland den Einstieg in die chemische Abrüstung zu erleichtern, gewährt Deutschland um-

fangreiche Abrüstungshilfe, die sich bis Ende dieses Jahres auf insgesamt 25 Mio. DM belaufen wird.

● Im Bereich der konventionellen Abrüstung markiert der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) einen Meilenstein. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 von 22 Staaten der NATO und des Warschauer Paktes unterzeichnet. Dieser Vertrag, dem seit der Auflösung der Sowjetunion 30 Staaten angehören, sah die Vernichtung von insgesamt 50.000 angriffsfähigen Waffensystemen der Kategorien Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriewaffen, Angriffshubschrauber und Kampfflugzeuge vor. Bis zum 17. November 1995 mußten diese Reduzierungen vorgenommen werden. Der KSE-Vertrag hat die Gefahr eines Überraschungsangriffes oder einer großangelegten militärischen Offensivoperation in Europa drastisch verringert.

● Die Bundesrepublik hatte bereits vor dem förmlichen Inkrafttreten des KSE-Vertrages mit der Zerstörung von 8700 Waffensystemen begonnen und diese Demontage am 23. Mai letzten Jahres, also sechs Monate früher als vertraglich gefordert, abgeschlossen. Deutschland hatte – bedingt durch die Übernahme ehemaligen NVA-Materials – nach Rußland und mit großem Abstand vor den übrigen Vertragsstaaten die zweitgrößte Reduzierungsverpflichtung. Insgesamt war der Bestand um 2566 Kampfpanzer, 4357 gepanzerte Kampffahrzeuge, 1638 Artilleriewaffen und 140 Kampfflugzeuge zu reduzieren. Die Kosten beliefen sich für die Reduzierungen gemäß KSE-Vertrag sowie für die Zerstörung überflüssigen NVA-Materials auf über 750 Mio. DM. Vor dem Hintergrund der gewachsenen Aufgaben der Bundeswehr und der Herausforderung der Integration der ehemaligen NVA, die bei einem konstant sinkenden Verteidigungshaushalt gemeistert werden mußten, stellte

diese Waffenvernichtung eine enorme Leistung dar. Es geht jetzt darum, den KSE-Vertrag auf der bevorstehenden Überprüfungskonferenz zu sichern und alsbald mit frischen Impulsen die Rüstungskontrolle in Europa an die neuen Herausforderungen anzupassen.

● 1990 – zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung – standen etwa 700.000 deutsche Soldaten unter Waffen. Heute sind es nur noch 340.000 – binnen sechs Jahren also eine Reduzierung um über 50 Prozent. Wie das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) feststellte, hat Deutschland seine Streitkräfte stärker reduziert als jedes andere NATO-Land. Dem entspricht auch die Entwicklung der Wehrpflicht. 1988 war geplant, sie von 15 auf 18 Monate zu verlängern. Mittlerweile ist dahingegen eine zehnmonatige Wehrpflicht eingeführt worden.

● Seit der Wiedervereinigung wurden 600 Stützpunkte der Bundeswehr aufgelöst. Insgesamt konnten 11.400 Hektar für die zivile Nutzung zurückgegeben werden.

● 98 Prozent der deutschen Rüstungsexporte gehen in NATO-Staaten, skandinavische Länder oder an die UNO, also an vollkommen unbedenkliche Partner. Zwar sind die deutschen Exporte in den letzten Jahren angewachsen, doch resultierten diese Ausfuhr aus der preisgünstigen Abgabe gebrauchten NVA-Materials. Sie werden in Kürze drastisch sinken. Die deutsche Rüstungsindustrie, die seit Ende des Kalten Krieges 50 Prozent ihrer Beschäftigten und in manchen Bereichen bis zu 90 Prozent ihrer Fertigungskapazitäten abbauen mußte, hat von diesem angeblichen Exportboom nicht profitiert und unterliegt weiterhin den strengen Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, das in seiner Reichweite international einmalig ist.

● 1986 waren auf gesamtdeutschen Gebiet über 800.000 ausländische Soldaten

stationiert. Zehn Jahre später sind es nur noch knapp über 140.000.

● 1975 betrug der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt ca. 20 Prozent (Anteil am BSP 3,00 Prozent). 20 Jahre später ist dieser Anteil auf nur noch ca. 10 Prozent (bzw. 1,38 Prozent) geschrumpft, wodurch der veränderten sicherheitspolitischen Lage nach dem Ost-West-Konflikt beispielhaft Rechnung getragen wurde. Daß Deutschland eine Friedensdividende eingefahren hat, kann auch ein anderes Zahlenbeispiel verdeutlichen: In realen Preisen (Rechnungsgrundlage 1991) sank der Verteidigungshaushalt von 1988 mit 56,23 Milliarden DM auf veranschlagte 41,29 Milliarden DM in diesem Jahr. Weitere Einsparungen erscheinen allerdings auf absehbare Zeit nicht mehr möglich, wenn nicht die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands leiden soll.

● Gleichzeitig mußten neue Herausforderungen bewältigt werden. Dazu gehört nicht nur die Integration der NVA in die Bundeswehr oder die Sanierung heruntergekommener Liegenschaften im Osten, sondern auch „out-of-area“-Einsätze wie z. B. der UNSCOM-Auftrag im Irak. Die zur Verfügung gestellten deutschen Lufttransportkapazitäten haben dort einen wesentlichen Beitrag zur Kontrolle der Abrüstung der irakischen Massenvernichtungswaffen geleistet. Dieser Einsatz hat das Verteidigungsministerium bis heute ca. 100 Mio. DM gekostet. Mit diesem Engagement hat sich Deutschland weltweit viel Anerkennung gesichert. Es sollte fortgesetzt werden, wenn es nicht gelingt, andere Länder dafür zu gewinnen.

● Besondere Aufmerksamkeit genießt aufgrund der erst vor kurzem abgeschlossenen Verhandlungen zum Minenprotokoll des VN-Waffenübereinkommens das internationale Landminenproblem. Der unkontrollierte und unterschiedslose Einsatz von Landminen, vor allem der sogenannten

Anti-Personen-Minen (APM), hat dazu geführt, daß insbesondere in Ländern der Dritten Welt jedes Jahr 20.000 Zivilisten getötet oder verstümmelt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich daher bereits im vergangenen Jahr für ein Verbot dieser Waffen ausgesprochen. Die Entscheidung des Verteidigungsministers, Volker Rühe, auf APM bei der Bundeswehr zu verzichten und alle Restbestände zu zerstören, unterstreicht die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik und ist ein Appell an diejenigen Staaten, die als Bremser auftreten, ihren Widerstand gegen Verbote und strengste Auflagen aufzugeben. Die Bundesregierung hat sich zusammen mit unseren westlichen Partner in Genf erfolgreich für weitreichende Einsatzauflagen für alle Landminen ausgesprochen. Bei den Verhandlungen konnten Verbote von nicht detektierbaren Landminen und von APM ohne Selbstzerstörungsmechanismus durchgesetzt werden. Auch gilt das Minenprotokoll im Sinne der deutschen Forderungen zukünftig auch bei innerstaatlichen Konflikten.

● Neben dem Verzicht auf APM haben Koalition und Regierung weitere Maßnahmen im Kampf gegen das Landminenproblem ergriffen: Dazu gehören

- ▶ die Entfristung des Exportmoratoriums für APM,
- ▶ die Vernichtung von über drei Mio. Landminen aus Bundeswehr- bzw. NVA-Beständen,
- ▶ die Erhöhung des Minenräumfonds von 3 auf 13 Mio. DM im Jahre 1996 und
- ▶ der Aufbau des Minendokumentationszentrums der Bundeswehr und die Bereitstellung der Daten für die UN.

Trotz ihres hohen politischen Stellenwerts ist Abrüstung kein Selbstzweck. Sie dient der Sicherheit und ist ein Instrument der Sicherheitspolitik. Abrüstung darf nicht um ihrer selbst willen angestrebt werden, sondern muß immer mit der Frage ver-

Für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit

Die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Partnern in vielen Ländern der Erde wird in einer neuen Broschüre „Für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit“ auf 100 Seiten dargestellt.

Ziel ihrer internationalen Arbeit ist es, Demokratie und Entwicklung zu fördern, zur Verständigung über nationale und kulturelle Grenzen hinweg beizutragen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und die Ursachen von Armut und Umweltzerstörung zu bekämpfen. Für ihre Arbeit im Ausland setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung etwa die Hälfte ihrer Haushaltsmittel (rund 100 Millionen Mark jährlich) ein. Knapp 100 deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten

die Stiftung in Afrika, Asien, Europa, Latein- und Nordamerika. Dadurch übernimmt die Stiftung aktiv Verantwortung bei der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen.

Broschüre über die internationale Arbeit der KAS erschienen

Bis Ende Juni wird eine englische, französische und spanische Fassung vorliegen.

Exemplare dieser Broschüre können beim Referat für Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Faxnummer (022 41) 246-479 bestellt werden.

knüpft werden, ob sie in einem bestimmten internationalen Umfeld wirklich dem Frieden dient oder aber andere Staaten zur Aggression einlädt. Verifikation und Vertrauen, Gleichberechtigung und Dialog werden auch zukünftig die Grundlage für unsere Sicherheits- und Abrüstungspolitik sein.

CDU/CSU hat Wort gehalten.

Der von Bundeskanzler Helmut Kohl geprägte Satz „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ wurde Leitfaden deutscher Politik. Wer sich die sicherheitspolitische Lage in Europa vor zehn Jahren vor Augen hält und sich die Truppen- und Materialkonzentrationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR vergewärtigt, muß feststellen, daß sich ein epochaler Wandel vollzogen hat. Dem utopischen und letztlich gefährlichen Ansatz

der Friedensbewegung – „Frieden schaffen ohne Waffen“ – hat die CDU/CSU einen realistischen Ansatz gegenübergestellt, der es erlaubte, auf der Basis der Gleichberechtigung und ohne Gefahr der militärischen Erpressbarkeit Verhandlungen zu führen, die zu einem vorher für nie möglich gehaltenen Abrüstungsprozeß geführt haben. Unser Land muß verteidigungs- und bündnisfähig bleiben. Aber es ist absurd zu behaupten, daß sich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland „militarisiert“ habe. Soweit es die Sicherheit unseres Landes zuläßt, muß auch in Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit und unser unterschiedenes Engagement der Abrüstung gelten. Der Prozeß der Abrüstung bleibt fragil. Es geht in diesem Jahr vor allem darum, bereits bestehende Vereinbarungen und Vorhaben tatsächlich umzusetzen.

Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen

Komplementäre Beteiligung

Unter Vorsitz von Anne-Karin Glase faßte der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU am 13. Mai folgenden Beschluß:

Entwicklung setzt das subsidiäre Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft voraus. Dies bedeutet, daß neben der staatlichen bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit auch der Kooperation zwischen Partnern aus dem nicht-staatlichen Bereich eine große Bedeutung zukommt. Die Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen der Geberländer haben eine wichtige Aufgabe für direkte zielgruppennahe, partnerschaftliche Problemlösungshilfe, für den Aufbau pluralistischer gesellschaftlicher Strukturen, für einen nachhaltigen Umweltschutz, für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Stärkung dezentralisierter und partizipativer Strukturen in den Entwicklungsländern zu erfüllen.

Für eine qualifizierte, effektive und kostengünstige Verwirklichung dieser Zielsetzung müssen hierarchische und bürokratische Eingriffe von oben verhindert und Selbsthilfe und eigenverantwortliches Handeln ermöglicht werden. Hierzu ist – zusätzlich zu dem Dialog und der Zusammenarbeit auf der Ebene der Regierungen – der partnerschaftliche Dialog und die langfristige Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen des Südens und Nordens unverzichtbar.

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU fordert die Bundesregierung auf, diesem Gesichtspunkt verstärkt Rechnung zu tragen. Bei der Erarbeitung der länderspezifischen Programme sollten die besonderen Erfahrungen der Nichtre-

gierungsorganisationen angemessen berücksichtigt werden, bei der Umsetzung der Länderprogramme sollten sie entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und Kompetenz komplementär beteiligt werden. Die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Organisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und den Nichtregierungsorganisationen muß deshalb weiter gefördert und verstärkt werden. Die derzeitigen Verfahren müssen auf ihre diesbezügliche Eignung überprüft und, falls erforderlich, angepaßt werden.

Hierfür können die Erfahrungen einiger anderer Mitgliedstaaten der OECD, in denen der Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen inzwischen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird, herangezogen werden. Damit würde auch erreicht, daß die deutschen Nichtregierungsorganisationen in die Lage versetzt werden, auf der internationalen und europäischen Ebene die ihnen zukommende Rolle zu übernehmen.

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU empfiehlt, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglichst bald in Konsultation mit den an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen bzw. mit deren Verbänden konkrete Kriterien für eine verstärkte und verbesserte komplementäre Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere bei der Armutsbekämpfung, erarbeitet. Die Gründung des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen wird vom Bundesfachausschuß ausdrücklich begrüßt. ■

Rückwärtsgewandte Fortschrittspartei

Die SPD verliert die Aura der Reformpolitik

Kaum eine andere Partei vertritt zur Zeit so populäre Forderungen wie die SPD. In den politischen Kontroversen der letzten Monate war die Bevölkerungsmehrheit fast durchgängig auf seiten der Positionen, die die Sozialdemokraten vertreten.

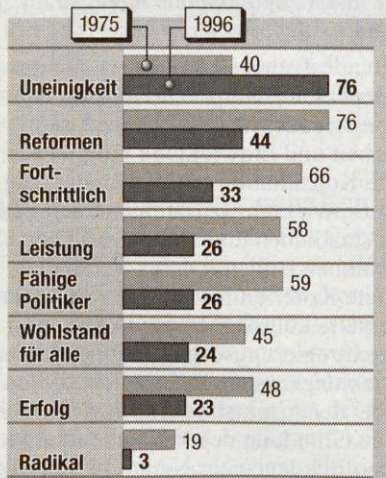
Die Kritik ihres Parteivorsitzenden an der geplanten Einführung der europäischen Währung nahm das weit verbreitete Unbehagen in der Bevölkerung auf. Ihre Vorschläge zu einer stärkeren Belastung der Besserverdienenden finden bei der Mehr-

heit Zustimmung. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Reform der sozialen Sicherungssysteme nimmt die SPD die Hoffnung der großen Mehrheit der Bevölkerung auf, daß das heutige Niveau staatlicher Sozialleistungen gehalten, vielleicht sogar weiter ausgebaut werden könnte. Auch die heftig umstrittene Forderung, die Aussiedlerpolitik zu überdenken, traf durchaus auf Sympathien.

Wie ist es möglich, daß eine Partei, die zur Zeit wie keine andere dem Willen der Mehrheit Rechnung trägt, gleichzeitig so an Rückhalt und Ansehen verliert? Während die meisten mit vielen ihrer Forderungen sympathisieren, gefällt die Partei selbst zur Zeit nur 21 Prozent der Befragten wirklich gut. Bei den Zweitstimmewahlabsichten notierte die SPD im April

Assoziationen zur SPD

in Westdeutschland 1975 und 1996
Prozent der Befragten



FAZ-Grafik Heumann

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

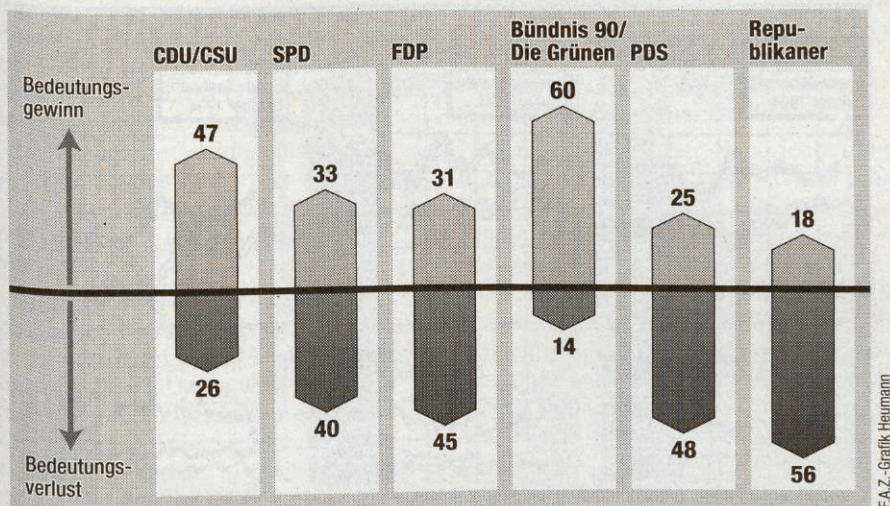
Von Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung am 15. Mai 1996

bei 32,5 Prozent. Wenn die Bevölkerung gebeten wird, Voraussagen über die künftige Bedeutung der Parteien zu machen, stellt sie der SPD eine überwiegend negative Prognose: 33 Prozent nehmen an, daß die Sozialdemokraten wieder an Bedeutung gewinnen werden, 40 Prozent jedoch erwarten einen Bedeutungsverlust. Auch für die Freien Demokraten, die PDS und die Republikaner rechnet die Bevölkerung eher mit einem sinkenden Rückhalt, wobei die negative Einschätzung der künftigen Chancen der PDS allerdings ausschließlich auf die alten Bundesländer zurück-

Die Zukunft der Parteien: Gewinner und Verlierer

Prognose der Bevölkerung zur künftigen Bedeutung der Parteien (Prozent der Befragten)¹⁾



1) Umfrage vom April 1996.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

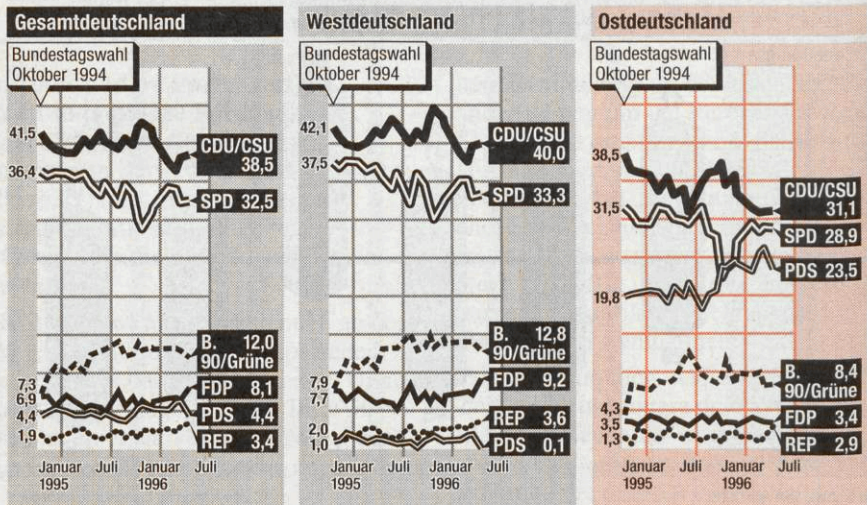
geht; in Ostdeutschland rechnen 48 Prozent mit einer wachsenden, nur 26 Prozent mit einer sinkenden Bedeutung der PDS. In der gesamten Bevölkerung haben zur Zeit nur zwei Parteien die Aura des Gewinners: die CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Der CDU/CSU werden im Verhältnis 2 zu 1, den Grünen sogar im Verhältnis 4 zu 1 positive Prognosen gestellt. Daß die Zukunft der Unionsparteien, die der Bevölkerung zur Zeit einiges zumuten, wesentlich günstiger eingeschätzt wird als die der SPD, ist auf den ersten Blick erstaunlich. Wer den Rückhalt einer Partei unmittelbar aus der Popularität ihrer Positionen und Maßnahmen ableitet, unterschätzt jedoch die Bevölkerung. Viele trennen zwischen dem Wünschbaren und dem – oft nur zähneknirschend anerkannten – Notwendigen. Während sich die Mehrheit gegen Schnitte in das soziale Netz ausspricht, rechnet sie gleichzeitig

damit, daß die demographische Entwicklung zwangsläufig zu Leistungskürzungen führen wird. Die Zukunftserwartungen der Bevölkerung sind für ihr Urteil über Parteien von entscheidender Bedeutung.

Die Bevölkerungsmehrheit sympathisiert mit vielen formulierten Zielen der SPD. Gleichzeitig verstärkt sich beim Blick auf diese Partei der Eindruck, daß die Anforderungen der Zukunft gegen diese Ziele stehen. Dies gilt für die Verteidigung des Sozialstaates wie für die Verteidigung der Mark. Die Bevölkerung würde die deutsche Währung gerne behalten, ist jedoch gleichzeitig überzeugt, daß die Zukunft dem Euro gehört. In den letzten Jahren ist die SPD bei dem Vertrauen in ihre Fähigkeit, Konzepte für die Zukunft zu entwickeln, weit hinter die Unionsparteien zurückgefallen. Kurz vor der letzten Bundestagswahl lagen CDU/CSU und SPD hier noch gleichauf. Heute trauen der

Die Stärke der Parteien

„Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?“ (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 9. bis 22. April 1996.

F.A.Z.-Grafik Heumann

CDU/CSU 35 Prozent, der SPD dagegen nur 18 Prozent zu, Deutschland eine gute Zukunft zu sichern. Kraft und Initiative werden zur Zeit ganz einseitig bei den Unionsparteien, kaum bei der SPD angesiedelt.

Die Bevölkerung ist heute von dem Empfinden bestimmt, in einer Phase tiefgreifenden Umbruchs zu leben. Zwei Drittel der Bevölkerung rechnen damit, daß die derzeitigen ökonomischen Probleme nicht das Ergebnis einer bloßen Konjunkturschwäche sind, sondern eine grundlegende Wende markieren, die von allen Umstellung verlangt. In einer solchen Lage werden Parteien mehr denn je daran gemessen, wie weit ihre Konzepte in die Zukunft tragen. In den aktuellen politischen Debatten sieht sich die SPD in die Rolle der eigentlich konservativen, beherrschenden Kraft

gedrängt, die Bestehendes formuliert, aber kaum Veränderungsziele.

Die Aura der fortschrittlichen Reformpartei, die in den siebziger Jahren das Bild der SPD prägte, ist geradezu dramatisch verfallen. In der Mitte der jener Jahre verbanden 76 Prozent der westdeutschen Bevölkerung mit der SPD Reformen, heute sind es 44 Prozent; als fortschrittlich galt sie bei 66 Prozent, heute bei 33 Prozent; Leistung und fähige Politiker assoziierten damals annähernd 60 Prozent der Befragten mit der SPD, heute noch 26 Prozent.

Ihr Bild wird heute vor allem von innerer Zerrissenheit bestimmt. Mitte der siebziger Jahre verbanden nur 40 Prozent der westdeutschen Bevölkerung mit der SPD Uneinigkeit, heute 76 Prozent. Seit Januar hat sich der Eindruck der Zerstrittenheit,

der nach dem Mannheimer Parteitag zunächst rückläufig war, wieder verstärkt. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen werden weniger als Ringen um eine Neuformulierung sozialdemokratischer Positionen denn als persönliche Profilierungsversuche wahrgenommen. Nur noch 24 Prozent halten der SPD zugute, daß ihre innerparteilichen Diskussionen vor allem eine engagierte Auseinandersetzung mit den brennenden Problemen signalisieren; 57 Prozent deuten die Debatten dagegen in erster Linie als Diadonchenkämpfe.

Durch ihr verschwommenes Bild – nur 23 Prozent halten ihr Profil für klar (siehe Tabelle) – polarisiert die SPD heute weitaus weniger als die CDU. Sie wird von ihren eigenen Anhängern weniger engagiert unterstützt, von den Anhängern anderer Parteien weniger vehement abgelehnt; weder Begeisterung noch Ressentiments entzünden sich zur Zeit in nennenswertem Aus-

maß an sozialdemokratischer Politik. Die eigenen Anhänger stehen der SPD heute auffallend reserviert gegenüber: 75 Prozent der Anhänger der CDU/CSU, nur 54 Prozent der SPD-Anhänger schreiben der eigenen Partei die besseren Ideen und Konzepte zu. 77 Prozent der CDU-Wähler, aber nur 55 Prozent der SPD-Wähler gefällt die eigenen Partei zur Zeit gut.

Neben der inhaltlichen Neuorientierung und damit verbunden stellt sich die Frage der künftigen Machtbasis. Die Arbeiterschaft schrumpft und verbürgerlicht. Die gewerkschaftlichen Bindungen erodieren. Junge überdurchschnittlich Gebildete, die in den siebziger Jahren das Bild der SPD wesentlich prägten, fühlen sich seit langem eher von den Grünen und neuerdings wieder verstärkt von den Unionsparteien angezogen. In den Vorstellungen der Bevölkerung, welche Personen zu den einzelnen Parteien „passen“, wird der SPD ein enges, an ihrer Herkunft orientiertes

Das Profil der SPD schwimmt

Frage: „Bei einigen Parteien hat man ja ein klares Bild vor Augen, welche Ziele sie haben, bei anderen weiß man das nicht so genau. Wenn Sie jetzt einmal an die CDU/CSU denken, würden Sie sagen, da haben Sie ein klares Bild von den Zielen dieser Partei, da wissen Sie ganz gut Bescheid, oder würden Sie sagen, da haben Sie eine weniger klare Vorstellung, da wissen Sie nicht so gut Bescheid?“ (Angaben in Prozent)

	Bevölkerung gesamt	Wähler der CDU/CSU
Klares Bild	44	69
Weniger klares Bild	40	20
Weiß nicht, keine Angabe	16	11

Frage: „Wie ist das bei der SPD, würden Sie sagen, da haben Sie ein klares Bild von den Zielen dieser Partei, oder haben Sie da eine weniger klare Vorstellung?“

	gesamt	SPD
Klares Bild	23	50
Weniger klares Bild	62	42
Weiß nicht, keine Angabe	15	8

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Was, wenn nicht die politische Bildung, kommt zum Zuge, wenn es darum geht, dem unübersichtlich gewordenen Gemeinwesen eine politische Dienstleistung anzutragen. (Dr. Günther Rütger, Mitglied der Geschäftsleitung der KAS)

Weil die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. politische Bildung als Mittlerin und Moderatorin zwischen Politik und Gesellschaft versteht, setzt sie mit ihren Angeboten auf:

Informieren, orientieren und motivieren

„Flaggschiffe“ hierbei, langjährig erprobt, immer wieder aktualisiert, in Stufen aufeinander aufbauend, praxisnah und zur Übernahme von politischer Verantwortung anregend:

● Das politische Seminar

Es informiert in fünf Stufen über die Bedingungen und Ordnungsprinzipien freiheitlich-demokratischer Politik.

Termine von „Grundstufen“:

- ▶ 8. 9. – 11. 9. 96 (VA 230)
- ▶ 13. 10. – 16. 10. 96 (VA 268)
- ▶ 1. 12. – 4. 12. 96 (VA 311)

● Das wirtschaftspolitische Seminar

Vermittelt werden – in vier Stufen –

die Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

Termine von „Einführungsseminaren“:

- ▶ 14. 7. – 19. 7. 96 (VA 210)
- ▶ 15. 9. – 20. 9. 96 (VA 240)
- ▶ 10. 11. – 15. 11. 96 (VA 296)
- ▶ 8. 12. – 13. 12. 96 (VA 320)

● Das kommunalpolitische Seminar

Im Verlauf der vier Stufen geht es um die Vermittlung der Grundlagen für das erfolgreiche Gestalten von Politik in der Gemeinde.

Termine von Grundstudien:

- ▶ 14. 7. – 17. 7. 96 (VA 211)
- ▶ 15. 9. – 20. 9. 96 (VA 241)
- ▶ 10. 11. – 15. 11. 96 (VA 297)
- ▶ 8. 12. – 13. 12. 96 (VA 321)

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Seminarbüro
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax-Nr. 0 22 36/7 07-230

Spektrum zugewiesen: Arbeiter und speziell gewerkschaftlich orientierte Arbeiter gelten als ihre typische Klientel. Die Grünen werden in erster Linie mit jungen Akademikern in Verbindung gebracht, die sich in Bürgerinitiativen engagieren, sowie mit ökologisch ausgerichteten Landwirten. Der CDU werden vor allem die dynamischen Segmente des Bürgertums zugeordnet, Selbständige und freiberuflich

Tätige, beruflich aktive und erfolgreiche Akademiker, gesellschaftliche Aufsteiger. Vor der SPD liegt ein ungeheurer Kraftakt, die Neuformulierung eines sozialdemokratischen Programms, das den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Zur Zeit schwindet das Vertrauen gerade bei den eigenen Anhängern, daß die Partei sich dieser Aufgabe stellen wird.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag in Kiel

Die falsche Therapie

„Die Hauptaufgabe der Landesregierung bleibt auch in den kommenden Jahren, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“. Zumindest diese Aussage des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Grünen in Schleswig-Holstein ist richtig.

Doch ohne eine passende Therapie taugt die scharfsinnigste Diagnose nichts:

Fastenkur für die Wirtschaft und Mast für die ohnehin aufgeblähte Landesbürokratie – das kann nicht im Ernst das rot-grüne Rezept für mehr Arbeitsplätze sein. Mit staatlicher Beschäftigung und neuen Stellen im Öffentlichen Dienst wird ein trügerisches Strohfeuer auf dem Arbeitsmarkt entfacht, das wegen fehlender finanzieller Mittel bald erlöschen muß. Sichere und langfristig finanzierbare Arbeitsplätze könnten nur durch private Initiative – durch die Gründung neuer Unternehmen – entstehen. Die Chance, hier Entlastungen zu schaffen, hat Rot-Grün auf lange Sicht vertan. Mit mehr Bürokratie, mit neuen Auflagen und Regulierungen, mit der Verteuerung der Energie und der Verschiebung des Ausbaus der Verkehrs-Infrastruktur verhindert die neue Koalition eine dringend notwendige Gründungswelle in Schleswig-Holstein:

● Deutlich höhere Energiepreise und eine Verzögerung des Ausbaus der A 20 und der Elbquerung verschlechtern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Nord-Ostsee-Region in den nächsten Jahren maßgeblich.

● Der Koalitionsvertrag sieht acht zusätzliche Beiräte oder Kommissionen vor. Eine ganze Reihe von Stellen und Referaten soll neu geschaffen werden. Künftig soll es drei weitere hauptamtliche Beauf-

tragte geben. Allein der neu geschaffene Eine-Welt-Beirat wird jährlich 100.000 DM kosten.

● Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll von der Erfüllung rigoroser Umwelt- und Sozialauflagen abhängig gemacht werden. Was fürsorglich klingt, hat fatale Auswirkungen: Kleine und mittlere Betriebe scheiden somit aus dem Wettbewerb um diese Aufträge von vornherein aus.

● Um die „frauenspeziellen Belange“ beim Bauen zu berücksichtigen, wurde eigens eine neue Fachkommission „Frauen planen Wohnen“ eingeführt.

Diese völlig verfehlte Behandlung wird Wirtschaft und Staat auf lange Sicht schädigen. Negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung werden nicht ausbleiben.

Abgesehen davon ist die Therapie nicht nur falsch, sie ist erst gar nicht bezahlbar. Denn schon heute steht Schleswig-Holstein am finanziellen Abgrund: „Das, was das Land bisher an Maßnahmen ergriffen hat, reicht nicht aus, um Schleswig-Holstein vor einer finanziellen Katastrophe zu bewahren. Auf die schlitern wir zu, wenn die Dinge sich so fortsetzen“, bescheinigte der Landesrechnungshof Ministerpräsidentin Heide Simonis in seinem jüngsten Gutachten (Die Welt, 11. 5. 96). Trotzdem sucht man im Finanzkapitel der Koalitionsvereinbarung vergeblich nach konkreten Sparplänen.

Die rot-grüne Koalition erinnert an einen Wunderdoktor, der durch falsche Versprechungen und eine verantwortungslose Therapie die Krankheitssymptome verschärft, statt sie zu heilen. Diese Rezeptur ist für alle Bundesländer und auch als Modell für Bonn untauglich. ■

Unerfüllbare Versprechungen

Als „ein Dokument der Täuschung“ hat der CDU-Landesvorsitzende und CDU-Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, Ottfried Hennig, den rot-grünen Bündnisvertrag bezeichnet.

Es würden Versprechungen gemacht, aber kein Wort dazu gesagt, wie dies alles finanziert werden soll. Jedes einzelne Kapitel des Bündnisvertrages sei eine Täuschung der Öffentlichkeit. Gesprochen werde von einer Stärkung der Wirtschaftskraft; statt dessen werde die Wirtschaft behindert.

Dies reiche von dem Abrücken vom dringlichen Bau der Autobahn A 20, die eine europäische Magistrale bis ins Baltikum werden soll, bis zur Vergabe von Landesaufträgen, die von Frauenförderplänen abhängig gemacht wird. Bei steigender Kriminalität werde die Polizei geschwächt statt gestärkt.

Das sei auch kein Wunder, sagte Hennig, wenn heute diejenigen in der Regierung sitzen, die noch vor gar nicht langer Zeit bei Demonstrationen am Kernkraftwerk Brokdorf den Polizeibeamten gegenübergestanden hätten.

In der Abfallpolitik stelle sich das rot-grüne Bündnis gegen das Bundesrecht, beschere den Kommunen millionenschwere Risiken und den Bürgern gewaltige Kostensteigerungen. Aus ideologischen Gründen werde die thermische Müllverwertung verdammt. Rot-Grün werde damit im Bund zu einem abfallpolitischen Geisterfahrer.

Die dringend gebotene Reform der Verwaltung werde durch die konkreten Ziele der Koalitionsvereinbarung unterlaufen. „Rot-Grün heißt mehr staatlicher Dirigismus, neue Bürokratie und ein aufgeblähter Wasserkopf der Ministerialbürokratie“, stellte Ottfried Hennig fest.

Rot-grüne Zukunft

Erst schlugen sie sich, dann vertrugen sie sich wieder: Die Grünen machten den Weg in die rot-grüne Zukunft des Landes frei – mit überwältigender Mehrheit. Am Ende siegte eben doch der Hang zur „Staatsknete“ über illusionäre Prinzipien. Man hatte dieses Ja erwartet, mehr noch hatte man das deutliche Ja der SPD erwartet. Heide Simonis als Grünen-Freundin am Rednerpult – wer hätte sich dies vor einigen Wochen vorstellen können? Mehr noch als das Ja zur rot-grünen Ehe zählt allerdings, was in der umfangreichen Koalitionsvereinbarung steht. Vieles ist hier nach allen Seiten auslegbar, das meiste sind inhaltlose Sprechblasen oder wohlklingende, aber bedeutungslose Ab-

sichtserklärungen. Wichtig für Wirtschaft und Regionen im Land ist die durchgängig feststellbare „Wirtschaftsfeindlichkeit“ der beiden Partner, sind geplante Sticheleien und Reglementierungen. Würde einiges davon nur umgesetzt, wäre die von Oppositionsführer Hennig vorhergesagte Stagnation schon ein Erfolg für das Land. Einladend für neue Investitionen ist dieses Regierungsprogramm wahrlich nicht. Es wird deshalb auch keine neuen Arbeitsplätze bringen – eher ist das Gegenteil zu befürchten, sieht man von der geplanten, millionenteuren „Existenzgründungswelle für Frauen“ ab. Mag ja sein, daß da einige grüne Träume wahr werden. Die Zeichen zahlen am Ende die Bürger eines Landes mit rot-grüner Zukunft.

Dithmarscher Landeszeitung

Aufbau Ost fortsetzen

Die Wiedervereinigung Deutschlands war nicht nur ein einmaliger Akt; sie ist ein Prozeß des Zusammenwachsens und des Aufeinanderzugehens, ein längerer Weg in Solidarität. Es ist die Aufgabe der ganzen Nation, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Miteinander haben wir die große Erblast des Sozialismus zu bewältigen.

1. In den zurückliegenden sechs Jahren ist Deutschland auf dem Weg zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit ein entscheidendes Stück vorangekommen. Diese erheblichen Fortschritte im Prozeß der inneren Einheit wurden vor allem durch Aufbauwillen, Flexibilität und Veränderungsbereitschaft der Menschen im Osten und durch die Solidarität des Westens ermöglicht. CDU und CSU haben dem Aufbau Ost stets höchste politische Priorität eingeräumt und erfolgreich ein staatliches Aufbauprogramm umgesetzt, das in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte weltweit ohne Beispiel ist. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU bekennen sich zu dem Ziel, eine sich selbst tragende Wirtschaft in den neuen Bundesländern aufzubauen, die Investitionen und Arbeitsplätze weitgehend aus eigener Leistung sichert. Nur so sind die Voraussetzungen gegeben, um die notwendige weitere Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Sie begrüßen deshalb, daß die Bundesregierung trotz schwieriger gewordener Finanzlage an der Notwendigkeit erheblicher Transferleistungen für den Osten bis zu Erreichung dieses Ziels keinen Zweifel läßt.

2. Der besondere Transferbedarf in die neuen Länder ist mit zahlreichen Kennziffern zweifelsfrei zu belegen. So werden im Osten nur knapp 40 Prozent des Länderdurchschnitts an Steuereinnahmen erreicht. Der Anteil der neuen Länder an der Wertschöpfung in Deutschland ist zu gering. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt im Osten weit über der des Westens. Ohne entsprechende Transferleistungen können diese Unterschiede nicht ausgeglichen werden. Dabei muß die Gemeinschaftsaufgabe der

Entschließung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die vom 13. bis 15. Mai in Dessau tagte

Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei der Förderkulisse auch die Situation strukturschwacher Regionen West berücksichtigen, die scharfen Fördergrenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern müssen mittelfristig abgeflacht werden, um nicht lediglich volkswirtschaftlich unsinnige Arbeitsplatzverlagerungen zu finanzieren. Ebenso ist deutlich, daß die Nettoleistungen für die neuen Länder zwar immer noch hoch, aber bereits beträchtlich rückläufig sind und teilweise sogar hinter der ursprünglichen Finanzplanung zurückbleiben.

3. Vom Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung wird auch die wirtschaftliche Entwicklung im Osten profitieren. Nur durch strukturelle Einschnitte bei anderen

staatlichen Leistungen kann erreicht werden, daß die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht zu Lasten vorgesehener Aufbautransfers für den Osten erfolgt. Nach zahlreichen Umbrüchen der zurückliegenden Jahre werden die Bürger der neuen Bundesländer Veränderungen, die im Westen zu erheblichen Kontroversen führen, wie z. B. die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Änderung der Zumutbarkeitsregelung bei Arbeitsvermittlungen, mit großer Flexibilität aufnehmen. Da in den neuen Ländern jedoch vielerorts der zweite Arbeitsmarkt unverzichtbar bleibt, ist bei der Umsetzung der geplanten Einsparungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit auf ein differenziertes Vorgehen zu achten, das die besonderen Problemlagen des ostdeutschen Arbeitsmarktes angemessen berücksichtigt.

4. Ohne eine Erhöhung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Verbesserung der Produktivität kann es in den neuen Ländern keinen selbsttragenden Aufschwung geben. Deshalb muß das Hauptziel der Förderung des Ostens in der Stärkung der Wachstumskräfte und Verbreiterung der wirtschaftlichen – besonders industriellen – Basis bestehen. Entscheidend dafür ist ein angemessenes Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen (Produktivität) und der Lohnentwicklung, das seinen Ausdruck findet in den Lohnstückkosten. Die Tarifparteien sind aufgefordert, durch eine produktionsorientierte Lohnpolitik ihren Beitrag zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in den neuen Bundesländern zu leisten.

Substantielle Kürzungen bei wachstumsorientierter Förderung würden die Phase der besonderen Transferbedürftigkeit der neuen Länder verlängern, sie

wären im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz kontraproduktiv.

Daraus folgt vor allem,

- daß Maßnahmen zur Eigenkapitalverstärkung bzw. Konsolidierung für die Unternehmen der neuen Länder von ausschlaggebender Bedeutung bleiben müssen,

- daß Mittel zur Investitionsförderung bereit stehen müssen, um die Ansiedlungsbedingungen in den neuen Bundesländern attraktiv zu gestalten,

- daß steuerliche Förderungen nach dem Fördergebietsgesetz wie im Jahressteuergesetz 1996 vorgesehen zielgenauer zur Anwendung kommen sollen und

- daß der Ausbau der Infrastruktur planmäßig fortgesetzt werden muß.

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern spielt die kommunale Infrastruktur eine besondere Rolle. Der besondere Zugang der ostdeutschen Kommunen zu investiven Leistungen bleibt deshalb weiterhin unverzichtbar.

Trotz beachtlicher Leistungen bei der Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft und umfangreicher Förderung industrienaher Forschung sind Innovationskapazitäten nach dem Strukturwandel der letzten Jahre im Osten weit geringer als im Westen. Ein Ausgleich dieser Situation dient der Stärkung der Wachstumskräfte und bleibt deshalb unverzichtbar.

Angesichts einer angespannten Haushaltslage kommt der strengen Kontrolle der Verwendung von Fördermitteln eine besondere Bedeutung zu.

5. Die Umstellung der neuen Länder auf marktwirtschaftliche Strukturen verlief in den zurückliegenden Jahren vor allem auch deshalb erfolgreich, weil soziale Sicherungssysteme den besonde-

ren Umstellungsproblemen angepaßt wurden und die Sondersituation Ost ihre spezielle Berücksichtigung fand. Auf diese Verfahrensweise kann gegenwärtig noch nicht völlig verzichtet werden.

6. Zu den Erblasten sozialistischer Mißwirtschaft gehört die geringe Vermögensbildung im Osten Deutschlands. Angesichts ungleicher Vermögensverteilung zwischen Ost und West gilt es, geeignete Rahmenbedingungen für Vermögensbildung und breitere Vermögensstreuung in den neuen Ländern zu setzen.

7. Die erfolgreiche Fortsetzung des Aufbaus Ost braucht auch zukünftig das wechselseitige Verständnis der Menschen in neuen und alten Bundesländern. Jahrzehnte gewaltsamer Trennung haben unterschiedliche Prägungen hinterlassen, die nicht ignoriert werden können. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU treten dafür ein, Partnerschaften zwischen alten und neuen Ländern wie auch zwischen Kommunen Ost und West neu zu beleben. Sie wenden sich gegen den Versuch, mit besonderen Gremien eine abgespaltene „Ost-Identität“ zu begründen. Die besonderen Probleme des Ostens können im Rahmen föderalstaatlicher Willensbildung

Voraussichtliche Erscheinungsweise des UiD in den nächsten drei Monaten:

Nr. 17/96: 5. Juni 1996

Nr. 18/96: 13. Juni 1996

Nr. 19/96: 20. Juni 1996

Nr. 20/96: 27. Juni 1996

Nr. 21/96: 4. Juli 1996

Nr. 22/96: 25. Juli 1996

Nr. 23/96: 8. August 1996

Nr. 24/96: 22. August 1996

Nr. 25/96: 29. August 1996

nur durch die neuen Länder erfolgreich vertreten werden.

Das Aufbauwerk Ost stellt eine historisch einmalige Herausforderung der deutschen Gesellschaft dar. Die bisher erbrachten Leistungen – verkürzt gesagt: Solidarität des Westens, Flexibilität, Veränderungsbereitschaft und Aufbauwille im Osten – besitzen ein identitätsstiftendes Potential, das die geeinte deutsche Nation zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen befähigen kann.

Wolfgang Vogt führt Arbeitnehmergruppe

Am 21. Mai wurde Wolfgang Vogt, der seit 1969 dem Deutschen Bundestag angehört, einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Er tritt damit die Nachfolge von Heinz Adolf Hörsken an, der im Februar nach langer Krankheit verstorben war.

Vogt, über 20 Jahre Vorsitzender des CDA-Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen, war von 1982 bis 1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Vogt ist bekannt durch sein hohes Engagement für die Belange der Arbeitnehmerschaft in Partei und Kirche (KAB).

Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Folgende Materialien stehen für die Aktion zur Verfügung:

● Broschüre: Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Diese Dokumentation enthält den Beschluß der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktionen vom 25. April sowie umfangreiche Erläuterungen und Grafiken.

Erhältlich ist diese Broschüre kostenlos bis zu einer Bestellmenge von 100 Exemplare bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Weitere Exemplare werden zum Preis von 1,-DM je Exemplar zuzüglich Mehrwertsteuer berechnet.

● Diskette

Der Inhalt der Broschüre ist zusätzlich auch als Diskette erhältlich, die ebenfalls einzeln kostenlos bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden kann.

● Flugblattvorlagen

Dieses Flugblatt-Set können Sie einzeln als Druckvorlage in der CDU-Bundesgeschäftsstelle anfordern.

Die dafür notwendigen

● Rahmenflugblätter zum Eindrucken

sind in unserem Versandzentrum in Vermold unter folgenden Bestelldaten erhältlich:

Bestell-Nr.: 1163

Verpackungseinheit: 1.000 Expl.

Preis je 1.000 Expl.: 44,- DM zzgl. MwSt. und Versand

● ArguKarten-Set

Als Argumentationshilfe für die politische Diskussion vor Ort können Sie bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle Einzel-exemplare des Argumentationskarten-Sets kostenlos bestellen. Diese Vorlagen im Format DIN A4 sind einfarbig schwarz gedruckt und können somit auf jedem Kopierer vervielfältigt werden.

● KomSys

Die Flugblattvorlagen sowie die Dokumentation finden Sie auch in unserem parteiinternen Kommunikations-Netz KOMSYS.

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Vermold

Fax (0 54 23) 415 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

● Faltblatt: Klimaschutz - Mach mit!

Vor besondere Herausforderungen stellt uns der weltweite Schutz des Klimas. Nur wenn es gelingt, den sogenannten „Treibhauseffekt“ erfolgreich zu bekämpfen, können wir dauerhaft die Schöpfung bewahren. Klimaschutz kann aber nur gelingen, wenn er von allen Bereichen der Gesellschaft unterstützt wird. Deshalb machen Sie mit beim Klimaschutz. Unser Faltblatt will Ihnen hierfür einige wichtige Informationen geben.

Bestell-Nr.: 2159

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 22,- DM



Klimaschutz Mach mit!

CDU

Kommunalwahlrecht für EU-Bürger

Informationen und Aktionsvorschläge



CDU

● Kommunalwahlrecht für EU-Bürger,

Informationen und Aktionsvorschläge

Dieser Leitfaden informiert über die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen und die individuellen Regelungen bei der Umsetzung des neuen kommunalen Wahlrechts in jedem Bundesland. Er enthält ferner eine Reihe von Aktionsvorschlägen für die örtlichen Parteigliederungen sowie Flugblattvorlagen in allen europäischen Sprachen zur Ansprache der EU-Bürger.

Bestell-Nr.: 4161

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.



16/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs-
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-18/119, **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Profflich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.